

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Richard Ritzsch, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: August Sablan, Magdeburg. — Verlag von Bernhard Görbaum, Magdeburg. — Druck von Franz 2. Art., monatlich 70 Hg. Bei den Buchhändlern 25 cgl. Bestellgeb. Einzelne Nummern 5 Hg., Sonntags- und Feiertagsnummern 10 Hg. — Inzerionsgebühren für sechswochenlange Zeit 15 Hg. Post-Zeitungsliste Nr. 2123

Nr. 72.

Magdeburg, Donnerstag den 26. März 1903.

14. Jahrgang.

Ausweisung und Auslieferung.

Wp. Es bleibt also dabei: die „Landespolizei“, darf nach wie vor nach Belieben eine Ausweisung in eine Auslieferung verwandeln. Die Reichsregierung lehnte es ab, hier ein Veto einzulegen. Unter diesen Umständen ist der Russe, der kein Verbrechen begangen hat, schlimmer dran, als der gerichtlich verfolgte Verbrecher.

Die Auslieferung der Verbrecher ist durch Vertrag an gewisse Rechtsnormen gebunden. Sie geschieht nur in bestimmten, präzise angegebenen Fällen und erfordert vor allem den Nachweis gerichtlicher Strafverfolgung. Liegt bloß Polizeiverdacht vor, so ist das kein Auslieferungsgrund. Wer ausgeliefert werden soll, genießt also einen gewissen Rechtsschutz und kann seine Rechte verteidigen. Und würde er ausgeliefert, so kann er nur gerichtlich verfolgt und bestraft werden, und zwar nur wegen jener Vergehen, wegen welcher die Auslieferung geschah. So der Verbrecher. Dasselbe gilt auch für jene russischen Revolutionäre, gegen die seitens der russischen Regierung ein Auslieferungsantrag gestellt wird, nur daß die Zahl der politischen Vergehen, wegen welcher die Auslieferung stattfinden darf, sich innerhalb vertragsmäßig festgelegten Normen hält.

Unders aber, wenn jemand bloß in den Verdacht der „politischen Unzuverlässigkeit“ steht, wie der russische Polizeiterminus lautet. Dann spielt sich ein sehr räuber und einfacher Vorgang ab. Etwa folgendermaßen: Die russische Polizei nennt der deutschen Name und Adresse. Die deutsche Polizei nimmt daraufhin eine Hausdurchsuchung vor. Beliebt es ihr, so nimmt sie gleich die Verhaftung vor (Eisführung). Erscheint der Betreffende der Polizei „politisch lästig“, so wird er ausgewiesen. Wann erscheint man „politisch lästig“? Darüber gibt es keine regelnden Bestimmungen. Ganz nach dem Gutdünken der Polizei! Es kann ihr jemand schon deshalb „politisch lästig“ erscheinen, weil sie sich veranlaßt sah, bei ihm eine Hausdurchsuchung vorzunehmen. Sie braucht für die Ausweisung über haupt keine Gründe anzugeben. Erklärt aber gar die russische Polizei, daß sie jemand im Verdacht des „Anarchismus“ habe, so ist sein Schicksal besiegelt! Worauf sich dieser Verdacht stützt, was die russische Polizei unter Anarchismus versteht, das bleibt sich gleich, danach wird nicht gefragt, — der Unglückliche wird von der deutschen Polizei verhaftet, unter Gendarmenbegleitung an die russische Grenze geschafft und der russischen Gefängnisverwaltung übergeben. So geschieht im deutschen „Rechtsstaate“.

Und da es, zugestandenemmaßen, in Berlin eine russische Polizeiabteilung gibt, so wird die Prozedur noch dadurch vereinfacht, daß der russische Polizeiaгент gleich mit an der Hausdurchsuchung teilnimmt.

Hat die russische Polizei den Mann, so tut sie mit ihm, was sie will, sie ist an nichts gebunden und braucht nicht, wie im Falle der Auslieferung, über sein Schicksal Rechenschaft abzulegen.

Jeder Russe, der auf diese Weise der zarischen Gendarmen übergeben wird, würde es — vorausgesetzt selbstverständlich, daß man ihm nicht von der Polizei erdichtete Verbrechen zuschiebt — sicher vorgezogen haben, in aller Form ausgeliefert zu werden, weil er dann vor ein ordentliches Gericht gestellt werden müßte, statt, nach vielen Monaten Einzelhaft im Untersuchungsgefängnis, wegen mangelnder Beweise eines politischen Vergehens ohne Prozeß auf administrativem Wege nach Sibirien verbannt zu werden.

Aber das Recht, das dem Mörder und Brandstifter zusteht, es wird seitens der deutschen Regierung der russischen Studentin verweigert, die im Geruch steht, in Rußland verboteene Schriften zu lesen.

Man denke sich den Fall, die russische Regierung würde an Deutschland das Verlangen stellen, in den Auslieferungsvertrag folgenden Passus aufzunehmen: „Jeder sich in Deutschland aufhaltende russische Untertan, bei dem in Rußland verboteene Schriften aufgefunden werden, wird verhaftet, nach der russischen Grenze gebracht und den russischen Behörden ausgeliefert“. Kam es einen Zweifel geben, daß der Reichstag seine Zustimmung dazu versagen und die gesamte öffentliche Meinung Deutschlands dagegen energischen Protest erheben würde? Und doch ist das der Zustand, wie er durch den Präzedenzfall Kalajeff geschaffen worden ist, jedoch mit dem Unterschied, daß der auszuliefernde Russe nicht einmal die Entscheidung der Reichsregierung anrufen kann und der Willkür der „Landespolizei“ preisgegeben ist.

Wenn die russische Polizei erklärt: „Wir haben diesen Mann im Verdacht, daß er ein Hochstapler ist“, und selbst wenn sie die Beweise erbringt, daß er wiederholt wegen Diebstählen und Betrugs bestraft worden ist, so kann sie dennoch seine Auslieferung nicht verlangen, wenn nicht ein gerichtlicher Haftbefehl vorliegt. Wenn die russische Polizei

sagt: „Herr X, russischer Untertan, ist uns als berufsmäßiger Zurechnungsmuggler bekannt, der schon dafür gerichtlich bestraft worden ist, und hat auch jetzt den Koffer voll Pretiosen, die er hinüberschmuggeln will,“ so kann sie ihn dennoch nicht verhaften, so lange er diesseits der deutschen Grenze bleibt. Wenn aber die russische Polizei erklärt: „Der Student Kalajeff hat in seinem Koffer Schriften, die noch die russische Zensur nicht passiert haben,“ so wird der Student Kalajeff abgefaßt und den russischen Gendarmen überliefert!

Der Auslieferungsvertrag ist über den Hausen geworfen und durch Polizeiwillkür ersetzt worden.

Was braucht die russische Regierung sich noch auf den Auslieferungsvertrag zu beziehen? Was braucht sie die diplomatische Prozedur, das Aufsehen, die Kritik der Presse? Statt den Beweis eines politischen Vergehens zu erbringen, äußert sie einfach den Verdacht einer politischen Uebertrretung und holt sich den Mann durch die ihr willkürliche Landespolizei.

Die russische politische Polizei schaltet und waltet in Deutschland wie in ihrem eigenen Lande. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 25. März 1903.

Der Etatberatung letzter Teil.

bg. Berlin, 24. März. Der Reichstag erledigte am Dienstag die dritte Lesung des Etats. Am längsten Zeit nahm der Etat des Reichsjustizamts in Anspruch. Genosse Thiele trat im Einklang mit mehreren freisinnigen und andern Abgeordneten für die Wiedereinführung der Berufung in Strafsachen ein und bekämpfte außerdem die Gefährdung der verfassungsmäßig verbürgten Immunität der Abgeordneten durch reichsgerichtliche Entscheidungen.

Eine ägende Kritik an der ganzen Rechtspflege und speziell an dem furchtbaren Epizel-Umwesen übte Genosse Stadthagen. Der in seinen bürokratisch-konservativen Gefühlen gekränkte Vizepräsident Graf Stolberg glaubte mit zwei Ordnungsrufen eingreifen zu sollen. Die Notwendigkeit einer Regelung des Strafvollzugs betonte Genosse Schmidt-Frankfurt, der insbesondere das rigorose Verfahren des Gefängnisdirektors Wigula gegen unsern Genossen Dr. Duard-Frankfurt geißelte. Nicht ohne Geist und Witz rügte der Pole v. Dziembowski-Pomian den abgeschmackten Frochmäuferkrieg, den die preussische Bureaucratie gegen den harmlosen Buchstaben a führt, wenn derselbe am Ende der Familiennamen polnischer Frauen zu erscheinen sich erlaubt. Trotz Niederbings und des Polekrefers v. Tiedemann Einreden wurde eine Resolution, die sich gegen diesen bürokratischen Sakristenmißbrauch wendet, mit großer Majorität, zu der sogar ein Teil der Konservativen gehörte, angenommen.

Den Schluß der Sitzung bildete die Abstimmung über eine Anzahl Resolutionen. Natürlich verwarf die antisoziale Mehrheit alle von unsrer Fraktion beantragten sozialpolitischen Resolutionen. Aber auch die Zehntausenden-Resolution des Zentrumsmannes Stögel teilte dies Schicksal; um sie zum Falle zu bringen, vereinigte Richter seinen Mandatbestand mit den konservativen Junkern und den national-liberalen Schlotbaronen. — Dann wünschte Graf Ballesirem dem Hause vergnügte Osterferien und das Haus verließ sich bis zum 21. April. —

Aus dem preussischen Landtag.

bg. Berlin, 23. März. Im Abgeordneten-Hause wurde gestern der Etat in dritter Lesung zu Ende beraten. Beim Justizetat gab der Justizminister eine Erklärung über den Fall Havenstein ab. Der springende Punkt dieser Erklärung war der, daß Herr Havenstein, als er vor 2 1/2 Jahren dem Minister gegenüber den Wunsch geäußert hatte, von der Staatsanwaltschaft zur Richterlaufbahn überzugehen und zum Kammergerichtsrat ernannt werden war, selbst geäußert hat, er wolle nicht einseitig in der Strafpraxis bleiben, sondern habe große Neigung für das Zivilrecht. Daß andre als sachliche Gründe für die Berufung des Kammergerichtsrat Havenstein aus dem Strafsenat in den Zivilsenat maßgebend gewesen seien, bestritt der Minister ganz entschieden.

Beim Etat des Ministeriums des Innern kam der sogenannte Fall Carsten zur Sprache. Herr Carsten ist in Elmshorn zum Beigeordneten gewählt worden, die Wahl mußte aber eines Formfehlers wegen für ungültig erklärt werden. Herr Carsten wurde nun merkwürdigerweise nicht wiedergewählt, und zwar ist diese Nichtwiederwahl auf eine Äußerung des Bürgermeisters von Elmshorn zurückzuführen, die er im Präsentations-Ausschuß gemacht habe und die etwa dahin ging: er warne vor der Wiederwahl

des Herrn Carsten, da sie weder dem Minister, noch dem Oberpräsidenten, noch dem Regierungspräsidenten genehm sein würde und eine Bestätigung wohl nicht zu erwarten sei. Der Minister erklärte, daß sich die Regierungsbehörden mit der Person des Herrn Carsten absolut nicht beschäftigt haben, daß der Bürgermeister gleichwohl geäußert habe, er glaube annehmen zu müssen, daß die Wahl Carstens dem Minister, Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten nicht genehm sein würde. Was den Bürgermeister zu diesem Glauben berechtigt hat, sagte Herr v. Hammerstein nicht. Er erklärte aber, daß er dem Bürgermeister bedeutet habe, er hätte besser getan, diesen Glauben für sich zu behalten und die Regierung aus dem Spiele zu lassen. Tatsache ist, daß Herr Carsten infolge dieser ganz unerhörten Äußerung des Bürgermeisters nicht wiedergewählt worden ist. Während er zuerst mit 19/20 aller abgegebenen Stimmen gewählt worden ist, haben sich bei der zweiten Wahl von 1250 Wahlberechtigten nur 168 an der Wahl beteiligt. Unter diesen 168 Wählern befanden sich 70 Beamte, die den Ausschlag zu Ungunsten Carstens gaben. Durch den von den Mehrheitsparteien beliebten Schlußantrag wurde eine weitere Debatte unmöglich gemacht. Es wäre sonst noch zu ausführlichen Erörterungen über die polizeilichen Mißgriffe — besonders in Magdeburg — und die mißglückten Erklärungen des Ministers in der zweiten Lesung sowie über die in neuester Zeit gegen die nichtöffentliche Aufführung von Gehjes „Maria von Magdala“ gerichteten Maßnahmen gekommen. In der nächsten Sitzung am Donnerstag stehen außer kleineren Vorlagen die Sekundärbahnvorlage auf der Tagesordnung. —

Deutschland.

Berlin, 25. März. Im Kultusministerium tagte gestern die Versammlung des Deutschen Nationalkomitees zur internationalen Bekämpfung des Mädhenshandels. —

— Die Aufstellung der Wählerlisten ist verfügt worden. —

— Die im Februar begonnene Konferenz zur Reform der Strafprozedur hat im Reichsamt des Innern vom 17. bis 21. d. Mts. von neuem gefagt und ist dann wieder auseinandergegangen. Die Fortsetzung der Beratung ist erst im Mai zu erwarten. —

— Zur Reform des Wahlreglements teilt sogar das Organ der Zentrumspartei, die „Germania“, die Bedenken, welche wir über den Passus der Regierungsvorlage von den „gebrechlichen“ Leuten äußerten. Das ultramontane Blatt schreibt:

Diese „Vertrauensperson“ soll zweifelsohne nach den Intentionen des neuen Wahlreglements nur in außerordentlich seltenen Ausnahmefällen in Funktion treten, wenn der Wähler z. B. nur einen Arm oder nur eine Hand hat; aber die Bestimmung hindert die Zugewinnung der „Vertrauensperson“ auch dann nicht, wenn das körperliche Gebrechen darin besteht, oder durch Wahlbeeinträchtigung und unbefugte Wahlkontrolle als ein solches fingiert wird, daß der Wähler nicht die wünschenswerte „Fingerfertigkeit“ besitzt. Wir fürchten sehr, daß es nicht an „Vertrauenspersonen“ fehlen wird, die wirklich oder angeblich unbeholfenen Leuten gern den „Liesbedienst“ einer „Beihilfe“ bei Ausübung ihres Reichstagswahlrechts leisten werden, z. B. die „Vertrauenspersonen“, die zugleich die Vertrauenspersonen großer industrieller Werke sind, aber auch die Vertrauensmänner der Sozialdemokratie. Auf diese Weise könnte die Ausnahme des § 15 Abs. 2 zur Regel und damit die gesamte Sicherung der Wahl wieder illusorisch gemacht werden. Man diesen Mißbrauch im Interesse des Wahlrechts der wahren Krüppel aufrecht erhalten was auch wir beifürworten, kann nur unsere Erachten auch Sorge dafür getragen werden, daß die Ausnahmefälle wirklich nur in körperlichen Gebrechen begründete Ausnahmefälle bleiben, und daß in einem solchen doch sehr seltenen Ausnahmefall das Wahlprotokoll mit dem Namen der „Vertrauensperson“ mitzuteilen hat.

Daß gerade die Vertrauensleute der Sozialdemokratie Wahlterrorsismus treiben sollen, ist eine unzulässige Behauptung, die wir dem Blatte nicht fernerhin mitteilen, so lange es gegen den Bruch des Wahlgesetzes eintritt, von welcher Seite dieser auch immer herbeizuführen werden mag.

Während ist die „Deutsche Tageszeitung“ des konservativen Herrn Dertel. Dieses Blatt des Bundes der Landwirte meint:

Der tatsächliche Effekt der Beratung ist lediglich eine Erhöhung der Wahlhandlung, eine fast vollständige Vernichtung des Wählers und eine gewaltige Zunahme der Wahlproteste.

Die letzten Worte lassen tief schlafen. Die Zunahme der Wahlproteste wäre nicht zu befürchten, wenn die Landwirte sich nicht an die neuen Bestimmungen halten. Die „Deutsche Tageszeitung“ kennt aber die ihr nahebestehenden Kreise. Treffend bemerkt die freisinnige Berliner „Volkszeitung“, daß durch die Möglichkeit, Nebenwähler, statt Neben-

zu einer einzurichten, der Zweck der Neuerung illusorisch geworden ist und daß also in einer wichtigen Hinsicht der Reichskanzler vor der Opposition der Konservativen zurückgewichen ist.

Den Reichs Diäten? Gestern nahmen wir von einer Meldung des „Gol.-Anz.“, daß Diäten für die Reichstagsabgeordneten nun doch eingeführt werden sollten, keine Notiz, da wir die Nachzügler des Scherl-Blattes für ungläubig hielten. Heute schreibt die „Berliner Volksztg.“:

Es bestätigt sich, daß die Einführung von Diäten für die Reichstagsmitglieder über kurz oder lang bevorsteht. Am Sonnabend Abend hat der Reichskanzler mit führenden Parlamentariern Verhandlungen geführt, die das Ergebnis gehabt haben, daß vielleicht noch in dieser Session, sicher aber zu Beginn der neuen Legislaturperiode eine Diätenvorlage an den Reichstag gelangen wird.

Man wird erwarten haben, was an der Meldung wahres ist. Der Reichstag hat seinen früheren Beschluß direkt umgestoßen, als er infolge des Verhaltens Herbert Bismarcks, der Konservativen, der Reichspartei, der National-Liberalen und des Zentrums bei der Beratung der Sozialkommissionsdiäten den Antrag unserer Genossen auf Einführung allgemeiner Diäten ablehnte.

Die Krankenkaufen-Kommission des Reichstages nahm am Dienstag die gegen die Selbstverwaltung gerichteten Anträge der Regierung an.

Alle sozialdemokratischen Anträge, diese Verschlechterungen, wenigstens soweit es sich um den Ausschußbegriff großer Pflichtverletzung handelt, abzulehnen, wurden gegen 6 Stimmen (drei Sozialdemokraten und je einer freisinnige Volkspartei, freisinnige Vereinigung und Antijemus) niedergestimmt. Das gleiche Schicksal teilten die sozialdemokratischen Anträge auf Zulassung größerer Zentralkassen.

Mehr Erfolg hatte ein von den Sozialdemokraten zu § 45 zum Schutz gegen Mißgriffe der Aufsichtsbehörden gestellter Antrag. § 45 gibt der Aufsichtsbehörde die Befugnis, die Befolgung der gesetzlichen oder statutarischen Vorschriften gegen den Vorstand oder Vorstandsmitglieder durch Ordnungsgeldstrafen oder durch eigene Wahrnehmung der Befugnisse des Vorstandes zu erzwingen. Aus den Sitzungen selbst anzuerkennen ist. Gegen solche Verfügungen ist zur Zeit nur der Reichsversammlung zulässig. Der sozialdemokratische Antrag verlangte die Zulassung des Verwaltungsausschusses. Ihr Antrag ging dahin, dem § 45 als letzten Absatz zu fügen: „Die auf Grund der Abs. 1 und 2 ergehenden Anordnungen der Aufsichtsbehörde kann vom Kassenvorstand und von dem durch die Anordnung betroffenen Mitglied des Kassenvorstandes nach Maßgabe des § 24 angefochten werden.“

Dr. Baum (Zentr.) stellte folgende Fassung vor: „Die nach Abs. 1 und 2 von der Aufsichtsbehörde angeordneten Maßnahmen können im Wege des Verwaltungsrechtsverfahrens und im Falle eines solchen nicht besteht, im Wege des Rechts nach Maßgabe des § 24 angefochten werden.“ Die sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt, in der Zentralsitzung aber einstimmig angenommen.

Aus der Sitzung wäre noch zu erwähnen, daß einige Compagnie Verschlechterungsanträge mit allen Stimmen abgelehnt wurden. Comp. selbst erklärte sich nach der Nichterreichung seiner Anträge. Die nächste Sitzung findet am Donnerstag nachmittag 7 Uhr. Mittwoch fällt aus, weil dieser Tag der hiesigen Feiertage, Donnerstag vormittag, weil zu dieser Zeit die Beratung des Abg. Griebner in Darmstadt stattfindet. Comp. Bericht, die Sitzung erst am Freitag anzubereiten, fand keine Gegenrede.

Ergänzung des Reichsbeamtengesetzes. Der Entwurf eines Gesetzes über die Ergänzung des § 51 des Reichsbeamtengesetzes vom 31. März 1873 ist dem Reichstage zugegangen. Nach § 51 dieses Gesetzes kommt bei der Beförderung der gesundheitsfähigen und der heilbaren Konjunktionsbeamten die in Ost- und Mittelafrika, Mittel- und Südamerika zugebrachte Dienstadt, wenn sie länger als ein Jahr gedauert hat, doppelt in Anrechnung. Bei Verwendung dieser Beamten in anderen außerparlamentarischen Ländern bleibt es dem Beschlusse des Bundesrats vorbehalten, entsprechende Bestimmungen zu treffen. Der jetzt vorgelegte Gesetzentwurf bestimmt nun, daß diese Vorschriften auf die hiesigen Post- und Telegraphenbeamten in Ästien entsprechende Anwendung finden.

Von der Untergrundbahn in Berlin. Die Nordb. Allg. Ztg. meldet: In der Reichstags-Sitzung vom 14. März erklärte der Abg. Singer, der Stadt Berlin sei für den von ihr geplanten Bau der Untergrundbahn vom Potsdamer Platz nach dem Sudbinnen durch eine kaiserliche Order die Konzession verweigert worden mit der ausdrücklichen Bemerkung, die Linie bestimme nicht die Stadt Berlin, sondern sie müsse der Alltagsnotwendigkeit dienen u. sollte vorbehalten bleiben, dann kann die Konzession erteilt werden. Wir sind ermüdet, die Ministerialbeschlüsse des Abg. Singer als jeder Begründung entbehrend zu bezeichnen; die Angelegenheit ist überhaupt noch nicht so weit gediehen, daß eine kaiserliche Order oder eine Genehmigung der Staatsbehörde hätte ergehen können.

Wir werden uns über die Sache zu informieren suchen. Sonderbar ist demfalls, daß dem Gesagten Singer nicht im Reichstage genötigt wurde und daß die Entscheidung der Staatsbehörde so lange auf sich warten ließ. Sollten die Worte des Gesagten Singer dahin gedeutet haben, daß die Staatsregierung jetzt ihren ursprünglichen Plan geändert hat, so kann unser Gesagtes zutreffen sein.

Berliner Blatt bezieht sich ein neues agrarisches Organ, welches schon gegründet worden ist. Wir einem Zuhörer, in dem das Blatt ebenfalls vertrieben, den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen, ist es jedoch in ganz anderen Verhältnissen, namentlich in hiesigen Verhältnissen. Es liegt in jener Hinsicht an das Publikum weiter:

Das „Berliner Blatt“ wird zur Durchführung des Planes der Gründung eingetreten ist und die nötigen Anordnungen. Die dem jetzigen Reichstagsabgeordneten von 1883 hat es sich bei den Wahlen nachweislich keinen Kandidaten ausgesucht, als hat sich nicht nur zum Zweck geübt. Was ist das „Berliner Blatt“ ein Organ, bei dessen Gründung im Interesse der guten Sache nach dem Reichstagsabgeordneten von 1883 u. s. w. zu gehen. Daraus wird also ersichtlich, wenn dem Betrage die hervorgehobenen Zusammenhänge eingesehen werden.

Obwohl das Blatt von lauter hochgebildeten Herren, z. B. von Reichstagsabgeordneten u. Blöden, u. von Bahnbrechern, u. Sängernheim und anderen, Dr. Dörsel unterzeichnet ist, können die Leser doch nicht an die bei Berlin Verhältnisse denken.

Grundbesitzer und Grundbesitzer. Das Bromberg mit die „Berliner Volksztg.“

mit, daß dort ein Kommerzienrat ein Grundstück für 100 000 Mark angekauft habe, um es zwei Tage darauf an den Eisenbahnfiskus für 205 535 Mark weiter zu verkaufen. Ein feines Geschäft! Konnte die Eisenbahn nicht billiger kaufen oder den Spekulantem expropriieren?

Flugblattverbreiten strafbar! Vier Parteigenossen in Sachsen-Weimar hatten am 8. März Flugblätter verteilt. Darauf erließen die Strafverfügungen, weil sie gegen den großen Unregelparagraphen und ein „Chursächsisches Generale vom 21. Juli 1813“ verstoßen haben sollen. Natürlich lachten unsere Genossen befrugt über diese Strafverfügung und beantragten richterliche Entscheidung.

Goethes Faust sehr bedenklich. In Elberfeld ist Dreyers „Faust des Lebens“ nun auch wieder verboten. Dieser Umstand veranlaßt die „Königl. Hart. Ztg.“ mitzutheilen, daß, als vor einigen Jahren einmal ein Schriftsteller mit einem Genossin die Freigabe seines Vaterswertes rang, der Schriftsteller endlich zweifelt in die Worte ausbrach: „Vor Ihnen würde ja nicht einmal Goethes Faust Gnade finden!“ Worauf der Genossin rüht erwiderte: „Ja, glauben Sie denn, daß heute so etwas noch geschrieben werden dürfte?“

So weit haben wir es in der Kritik gebracht, daß die Polizei selbst verhandelt. Werte von der Größe des vielleicht Goethes aller Deutschen wärdem heute schon deshalb nicht mehr geschrieben werden, weil sie im 71. Jahre nach dem Tode des großen Dichters, der nebenbei Staatsmann gewesen ist, nicht mehr geschrieben werden dürfen. Die herrschenden Klassen lassen unsere großen Dichter und Dichter, wenn sie ihnen auch hundertfach Dankschreiben lesen. — Heute würden sie nicht mehr denken, daß jemand so wie Goethe schreibt.

Die Offenbacher Landtagswahl ist jetzt vom Ausschuss der heidnischen Kammer für gültig erklärt worden, wie unser Offenbacher Parteiblatt mitteilt. Die vereinigten Liberalen und Ultramontanen hatten den törichtesten Versuch gemacht, gegen den Sieg unserer Partei zu protestieren.

Ein kleiner Erfolg der Frauenbewegung wird von der „Frankf. Ztg.“ aus Stuttgart gemeldet: Nach einer Verfügung des Kultusministers werden weibliche Personen, welche die für das Studium der Medizin und Pharmazie geforderte Schulbildung besitzen, als Hörerinnen zu akademischen Vorlesungen und Übungen zugelassen unter der Voraussetzung, daß die Lehrer für den Besuch ihre dauernde Einwilligung geben. In besonderen Fällen ist die Genehmigung des Ministeriums erforderlich.

Wormsberg hat hiermit nur verwirklicht, was in Braunschweig schon Reichens ist. Unsere Genossen beantragten im Reichstagsbezug, den Frauen volle Gleichberechtigung mit den Männern in Bezug auf das Studium einzuräumen. Da sich viele Arbeiterinnen leider genieren, in gewissen Fällen zum Arzt zu gehen, würde eine Vermehrung der Kräfte der Volksgesundheit dienen. Außerdem liegt es doch auch im Sinne des Nationalismus, als einer unterdrückten Klasse, für alle Unterdrückten einzutreten, auch wenn sie zu den besitzenden Klassen gehören.

Damit den hadernden Männern keine Konturierung erwachte, wurde indes der Antrag abgelehnt, gegen den Herbert Bismarck, die Konservativen, die Reichspartei, das Zentrum und die Antijemus stimmten.

Der Achtuhrladenabschluss wird in Lübeck eingeleitet. Die „Berliner Tageblatt“ aus Lübeck meldet, stimmten denn für die Einführung des einheitlichen, allgemeinen Achtuhrladenabschlusses über 1300, dagegen nur 58 Ladeninhaber.

Demantiert wird in offiziellen hiesigen Blättern der Inhalt des Artikels v. Heiligh.

„Maria von Regdale“ in Bayern. Das „Berliner Tageblatt“ meldet: In Bayern: Maria von Regdale.

Das ist die Sache, die die Regierung der Reichstagsabgeordneten von 1883 hat es sich bei den Wahlen nachweislich keinen Kandidaten ausgesucht, als hat sich nicht nur zum Zweck geübt. Was ist das „Berliner Blatt“ ein Organ, bei dessen Gründung im Interesse der guten Sache nach dem Reichstagsabgeordneten von 1883 u. s. w. zu gehen. Daraus wird also ersichtlich, wenn dem Betrage die hervorgehobenen Zusammenhänge eingesehen werden.

Das ist die Sache, die die Regierung der Reichstagsabgeordneten von 1883 hat es sich bei den Wahlen nachweislich keinen Kandidaten ausgesucht, als hat sich nicht nur zum Zweck geübt. Was ist das „Berliner Blatt“ ein Organ, bei dessen Gründung im Interesse der guten Sache nach dem Reichstagsabgeordneten von 1883 u. s. w. zu gehen. Daraus wird also ersichtlich, wenn dem Betrage die hervorgehobenen Zusammenhänge eingesehen werden.

Frankreich.

Sommersarbeiten.

Die Reichstagsabgeordneten von 1883 hat es sich bei den Wahlen nachweislich keinen Kandidaten ausgesucht, als hat sich nicht nur zum Zweck geübt. Was ist das „Berliner Blatt“ ein Organ, bei dessen Gründung im Interesse der guten Sache nach dem Reichstagsabgeordneten von 1883 u. s. w. zu gehen. Daraus wird also ersichtlich, wenn dem Betrage die hervorgehobenen Zusammenhänge eingesehen werden.

Die Reichstagsabgeordneten von 1883 hat es sich bei den Wahlen nachweislich keinen Kandidaten ausgesucht, als hat sich nicht nur zum Zweck geübt. Was ist das „Berliner Blatt“ ein Organ, bei dessen Gründung im Interesse der guten Sache nach dem Reichstagsabgeordneten von 1883 u. s. w. zu gehen. Daraus wird also ersichtlich, wenn dem Betrage die hervorgehobenen Zusammenhänge eingesehen werden.

Die Reichstagsabgeordneten von 1883 hat es sich bei den Wahlen nachweislich keinen Kandidaten ausgesucht, als hat sich nicht nur zum Zweck geübt. Was ist das „Berliner Blatt“ ein Organ, bei dessen Gründung im Interesse der guten Sache nach dem Reichstagsabgeordneten von 1883 u. s. w. zu gehen. Daraus wird also ersichtlich, wenn dem Betrage die hervorgehobenen Zusammenhänge eingesehen werden.

Die Reichstagsabgeordneten von 1883 hat es sich bei den Wahlen nachweislich keinen Kandidaten ausgesucht, als hat sich nicht nur zum Zweck geübt. Was ist das „Berliner Blatt“ ein Organ, bei dessen Gründung im Interesse der guten Sache nach dem Reichstagsabgeordneten von 1883 u. s. w. zu gehen. Daraus wird also ersichtlich, wenn dem Betrage die hervorgehobenen Zusammenhänge eingesehen werden.

Die Reichstagsabgeordneten von 1883 hat es sich bei den Wahlen nachweislich keinen Kandidaten ausgesucht, als hat sich nicht nur zum Zweck geübt. Was ist das „Berliner Blatt“ ein Organ, bei dessen Gründung im Interesse der guten Sache nach dem Reichstagsabgeordneten von 1883 u. s. w. zu gehen. Daraus wird also ersichtlich, wenn dem Betrage die hervorgehobenen Zusammenhänge eingesehen werden.

Die Reichstagsabgeordneten von 1883 hat es sich bei den Wahlen nachweislich keinen Kandidaten ausgesucht, als hat sich nicht nur zum Zweck geübt. Was ist das „Berliner Blatt“ ein Organ, bei dessen Gründung im Interesse der guten Sache nach dem Reichstagsabgeordneten von 1883 u. s. w. zu gehen. Daraus wird also ersichtlich, wenn dem Betrage die hervorgehobenen Zusammenhänge eingesehen werden.

Die Reichstagsabgeordneten von 1883 hat es sich bei den Wahlen nachweislich keinen Kandidaten ausgesucht, als hat sich nicht nur zum Zweck geübt. Was ist das „Berliner Blatt“ ein Organ, bei dessen Gründung im Interesse der guten Sache nach dem Reichstagsabgeordneten von 1883 u. s. w. zu gehen. Daraus wird also ersichtlich, wenn dem Betrage die hervorgehobenen Zusammenhänge eingesehen werden.

Die Reichstagsabgeordneten von 1883 hat es sich bei den Wahlen nachweislich keinen Kandidaten ausgesucht, als hat sich nicht nur zum Zweck geübt. Was ist das „Berliner Blatt“ ein Organ, bei dessen Gründung im Interesse der guten Sache nach dem Reichstagsabgeordneten von 1883 u. s. w. zu gehen. Daraus wird also ersichtlich, wenn dem Betrage die hervorgehobenen Zusammenhänge eingesehen werden.

Die Reichstagsabgeordneten von 1883 hat es sich bei den Wahlen nachweislich keinen Kandidaten ausgesucht, als hat sich nicht nur zum Zweck geübt. Was ist das „Berliner Blatt“ ein Organ, bei dessen Gründung im Interesse der guten Sache nach dem Reichstagsabgeordneten von 1883 u. s. w. zu gehen. Daraus wird also ersichtlich, wenn dem Betrage die hervorgehobenen Zusammenhänge eingesehen werden.

Die Reichstagsabgeordneten von 1883 hat es sich bei den Wahlen nachweislich keinen Kandidaten ausgesucht, als hat sich nicht nur zum Zweck geübt. Was ist das „Berliner Blatt“ ein Organ, bei dessen Gründung im Interesse der guten Sache nach dem Reichstagsabgeordneten von 1883 u. s. w. zu gehen. Daraus wird also ersichtlich, wenn dem Betrage die hervorgehobenen Zusammenhänge eingesehen werden.

Die Reichstagsabgeordneten von 1883 hat es sich bei den Wahlen nachweislich keinen Kandidaten ausgesucht, als hat sich nicht nur zum Zweck geübt. Was ist das „Berliner Blatt“ ein Organ, bei dessen Gründung im Interesse der guten Sache nach dem Reichstagsabgeordneten von 1883 u. s. w. zu gehen. Daraus wird also ersichtlich, wenn dem Betrage die hervorgehobenen Zusammenhänge eingesehen werden.

England.
Das englische Marinebudget enthält in diesem Jahre eine Ausgabe von 34 457 000 Pf. Sterling (689 140 000 Mark). Das Militärbudget wurde herabgesetzt.

Vom Feldzug gegen den „tollen Mullah“.
Zu Anfang dieses Monats begann der Feldzug gegen Abdullah den Richter des Somalilandes. Drei Kolonnen wurden gegen ihn in Bewegung gesetzt. Nach den letzten Nachrichten zieht sich Abdullah ohne ernstlichen Widerstand vor dem Feinde ins Innere zurück.

Norwegen.
Ein besonderes Konsulatswesen für Norwegen, getrennt von dem für Schweden, soll jetzt eingeführt werden.

Schweden.
Hungernot in Nordland.

Am Sonnabend hat der Landwirtschaftsminister in der Zweiten Kammer die Interpellation über die Not in Nordland beantwortet. Der Mangel an Nahrungsmitteln wird auf 7 1/2 Millionen Kronen veranschlagt, wovon auf den Bezirk Norrbotten allein 4 1/2 Millionen kommen.

Türkei.
Revolutions in Makedonien.

Ohne Zweifel nimmt die Aufstandsbewegung in Makedonien zu. Fortgesetzt durchziehen bewaffnete Banden das Land und verüben gegen die türkische Bevölkerung, auch dort, wo Christen und Moslems friedlich miteinander leben, die schrecklichsten Grausamkeiten. Gestört wird diese Bewegung anscheinend durch Bulgaren, das, wie es heißt, zu den Führern einzelner Banden heimliche Beziehungen unterhalten soll. — Wie der Generalinspektor Dilmaz Pascha meldet, wurde in dem Dorfe Czapa im Vilajet Monastir ein türkischer Korabier ermordet und dessen Mutter gespießt.

Afrika.
Umsackie.

Aus Kapstadt wird gemeldet: Der Gouverneur hat in die Freilassung aller politischen Gefangenen eingewilligt.

Frachtermäßigung.

Der Londoner „Standard“ meldet aus Johannesburg, eine Postkonferenz habe eine große Ermäßigung der Frachtsätze zum Land auf notwendige Lebensmittel vom 1. Juli d. Js. ab gewährt; ferner sei ein britisch-südafrikanischer Zollverein geschickt.

Kleine politische Nachrichten. Der Polizei-Präsident von Schöneberg, Samnacher, wurde als Polizeipräsident nach Baden berufen. — Der türkische Minister des Innern, Memduh Pascha, hat seine Entlassung gegeben. — In Port of Spain auf Trinidad ist ein Aufstand anlässlich einer neuen Wasserleitungsverordnung ausgebrochen, wobei das Regierungsgebäude eingeschert wurde. Hierbei sind 14 Personen getötet und 40 verwundet worden, es befinden sich keine Europäer darunter. — Mosos hat den v. e. g. v. lantich in Vizepräsidenten Ägypte telegraphiert, wenn der Kongress den Rücktritt Castros annehme, werde er seinen Einfluss auf die Führer der Aufständischen dazu gebrauchen, den Bürgerkrieg zu beenden. — Nach Berichten des deutschen Konsuls in San Domingo sind bei der dort ausgebrochenen Revolution Leben und Eigentum von Deutschen bis jetzt nicht gefährdet. — Auf der Philippinen-Insel Mindanao haben sich die Moros neuerdings mehrfach gegen die amerikanische Herrschaft aufgelehnt.

Gewerkschaftsbewegung.

Holzarbeiter. In Berlin sollen nach dem Organ der Unternehmer 46 Betriebe der Holzbearbeitungsbranche ausgesperrt sein, während das Blatt im Verzeichnis hinten auch nur 37 gesperrte Firmen auflistet. Tatsächlich wird nur bei 37 Firmen gesperrt.

Löhner. In Polen befinden sich zur Zeit wegen Differenzen aus dem Arbeitsvertrage 140 Gefellen im Streit, der für diese sehr günstig steht.

Bauer. In Köln ist am Montag der Ausstand ausgebrochen, nachdem die freie Annahme den Tarif, der einen Mindestlohn von 55 Pf. festsetzt, nicht anerkannt hat. Eine Anzahl Unternehmer hat bereits nachgegeben.

Schneider. In Köln ist zwischen den Vertretern der Meister und der Gefellen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts eine Verständigung zu Stande gekommen; die Gefellen haben durch die Vereinbarung eines Kontrahats einen bedeutenden Erfolg errungen.

Stoffweber. In Krefeld ist bei der Firma Brethel u. Co. ein Streit ausgebrochen, an welchem 70 Weber beteiligt sind. In letzter Zeit waren in dem Betriebe verschiedene Wochensetzungen vorgekommen und verlangen die Arbeiter die Wiederherstellung dieser Gemäßigkeiten.

Maler und Anstreicher. In München-Stadt ist ein Streit ausgebrochen. Verschiedene Forderungen haben die Meister bewilligt, doch die Forderung, einen Grundlohn von 35 Pf. für die jungen Gefellen bis zum 30. Lebensjahre zu zahlen, wollen sie nicht erfüllen.

Buchdrucker. In Rom dauert der Streit fort. Die Abminderung ergab folgendes Resultat: Von 1713 Abminderungen ammontieren mit ja 1696, mit nein 13, welche jetzt 1. Ansatz ergibt sich, daß die Ausstandsberatung die volle Symphonie der Schriftsteller hat.

Metallarbeiter. In Yokohama (Japan) wurde in einem Eisenwerk gestreikt. 50 Metallarbeiter fordern einen höheren Lohn und bessere Behandlung, auch verlangen sie die Einstellung eines Aufsichters. Das Werk gehört einem Engländer; nach der Dauer von 8 Tagen war der Streit gewonnen.

Briefträger. In Tokio (Japan) stellten einige Briefträger ihren Dienst ein und verlangten höheren Lohn. Der Streit wurde durch die Weisung, welche die Regierung der Streitenden in Haft nahm, unterdrückt.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 23. März 1903.

Unser Redakteur Genosse Albert ist heute, wie uns heute per Telegramm mitgeteilt wird, in Blauen u. s. w. von dem Reichstag zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er bei einer unter ungünstigen Umständen erfolgten Versammlungssitzung die Worte gebraucht hatte: „Die Verlesungsschuldung ist Unsin.“

Ausschneiden!

Wohnungswechsel.

Expedition der Volksstimme

Jacobstraße 49.

Ich ersuche Sie, die mir in meine bisherige Wohnung

_____ gesandte

Vollstimme vom _____

ab in meine neue Wohnung nach _____

_____ zu senden.

Unterschrift:

Wir bitten, im Bedarfsfalle den obigen genau ausgefüllten Ausschnitt an unsere Expedition zu senden oder unseren Kolporteurs zu übergeben, worauf umgehend die Zustellung an die gewünschte Adresse erfolgen wird.

Deutscher Reichstag.

(291. Sitzung.)

Berlin, den 24. März.

Am Bundesratsitz: Rieberding.

Die dritte Statberatung

wird fortgesetzt beim Justizetat.

Abg. Wassermann (natl.) fragt an, wie es mit dem Schutz der Bauhandwerker stehe.

Staatssekretär Rieberding erklärt, daß die preussische Regierung demnachst mit Vorschlägen vor den Bundesrat treten werde.

Abg. v. Dziembowski-Pomian (Pole) beklagt sich darüber, daß man den Polinnen verbiete, ein a ihrem Namen zuzufügen.

Staatssekretär Rieberding kennt nicht die Verfügungen, von denen der Vorredner gesprochen hat.

Abg. Thiele (Soz.) übt Kritik an einer Entscheidung des Reichsgerichts, die infolge falscher Auslegung einer Bestimmung des Strafgesetzbuchs die Immunität der Abgeordneten bedrohe.

Der frühere sozialdemokratische Abgeordnete Albert Schmidt war verurteilt worden, während der Reichstag noch tagte. Das Urteil wurde für ungültig erklärt und inzwischen war Verjährung eingetreten.

Um nun die Interessen der Rechtspflege wahrzunehmen, aber auch das Recht des Reichstages auf seine Abgeordneten nicht verkümmern zu lassen, wurde jener Fall zum Anlaß genommen, um auf Antrag Mintelen den § 69 des Strafgesetzbuchs dahin zu ändern, daß die Tagung des Reichstages die Verjährung unterbreche.

Nun kommt die neueste Entscheidung des Reichsgerichts. Ich selbst bin der Leidtragende. Am 1. Dezember 1899 schrieb ich einen Artikel, durch den sich jemand beleidigt fühlte; er erstattete Strafanzeige, aber erst im Juni 1900, also 7 Monate nach Erscheinen des Artikels, erhob die Staatsanwaltschaft öffentliche Klage gegen mich.

Freigegeben verjähren in 6 Monaten, aber die Staatsanwaltschaft hierief sich darauf, und das Reichsgericht trat ihr bei, daß nach § 69 des Strafgesetzbuchs nunmehr während der

Reichstagtagung die Verjährung ruhe. Offenbar aber ist nach dem Wortlaut des Paragraphen und nach den Motiven des damaligen Reichstagsbeschlusses die Bestimmung nur so zu verstehen, daß das Ruhen der Verjährung die vorherige Erhebung der Anklage zur Voraussetzung hat.

Nebner fordert weiter die Einführung der Verurteilung in Strafsachen und weist auf ein kürzlich in Halle gegen den Mediziner Däumig gefälltes Urteil hin. Däumig wurde wegen Verleumdung eines Arbeiters zu einem Jahre Gefängnis verurteilt, obwohl die Redaktion in lokaler Weise die als falsch erwiesenen Behauptungen zurückgenommen hatte.

Bestände die Verurteilung in Strafsachen, so wären solche Urteile unmöglich. Selbst wenn die Verurteilungstammern aus denselben Richtern zusammengesetzt wäre, wie das Gericht erster Instanz, so wäre das Urteil wesentlich milder ausgefallen. (Bravol bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erüger (Frei. Vpt.) tritt für die Einführung der Verurteilung in Strafsachen ein.

Abg. Schmidt-Warburg (Zentrum) schließt sich dem an.

Abg. Stadthagen (Soz.) auf der Tribüne sehr schwer verständlich: Der ungehinderte Verkehr des Angeklagten mit seinem Verteidiger, der Schadenersatz für ungerechtfertigte Unterdrückung der Unabhängigkeit der Richter sind die Grundlagen einer Rechtspflege, die in Wirklichkeit diesen Namen verdient.

Ein Staatsanwalt hat das lässliche Diktum abgegeben, das Angebot, Spitzeldienste zu leisten, sei an sich nicht beleidigend. Das Verhalten dieses Staatsanwalts gegenüber unserm angesprochenen Gesonnen Wasenitz bedeutet einen trassen Verstoß gegen die Strafgesetze, wie gegen die Gesetze der Logik und Moral; die Verleumdung, die er erteilt, ist eine ungeheuerliche Ueberhebung eines Akademikers über einen einfachen Mann, des Schutzpatrons der Unrechlichkeit und der Spizelei über einen anständigen Menschen, der Rechtschutz verlangt.

Die Institution der politischen Spizelei bildet eine Schmach unserer Nation; aber man glaubt, sie nicht entbehren zu können, ja, man fürchtet sie. Ist doch jetzt der berüchtigte Normann-Schumann so weit gegangen, unter Beweis zu stellen, daß die Majestätsbeleidigungen, die er begangen haben sollte, in Wirklichkeit vom Grafen Waldersee begangen seien.

Nebner legt alsdann den gegenüber einem Redaktionsboten des „Vorwärts“ unternommenen Spitzelversuch eingehend dar. Die 60 Mark, die dem Redaktionsboten des „Vorwärts“ für die von ihm erwarteten Spitzeldienste gezahlt worden, sind von der „Vorwärts“-Redaktion trotz der mehrere Tage hindurch wiederholten Aufforderung nicht abgeholt worden und schließlich der sozialdemokratischen Parteikasse überwiesen.

Obwohl das Strafgesetzbuch den Beamten mit Zuchthaus bedroht, der eine unter sein Amt fallende strafbare Handlung, die ihm bekannt geworden ist, nicht erforscht, so gehen doch weder die preussische Staatsanwaltschaft noch die preussische Polizei gegen die Lumpen von Spitzeln vor.

Will man nicht eine Reichsresolution gegen den preussischen Polizeiminister und den Ersten Staatsanwalt versuchen, um sie zu ihrer Pflicht zu bringen? Das Geld der Steuerzahler wird dazu gebraucht, um Verbrechen begehen zu lassen, um zum Verbrechen aufzureizen; dagegen nimmt man erdichtete Verbrechen zum Vorwand, um Gesetze gegen die Arbeiterklasse zu machen.

Ich klage den Polizeiminister von Preußen der Begünstigung von Verbrechen an. (Glocke des Präsidien.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Sie haben den preussischen Minister der Begünstigung von Verbrechen angeklagt. Das ist nicht zulässig.

Abg. Stadthagen (fortfahrend): Daß das Verbrechen nicht zulässig ist, weiß ich. (Stürmische Heiterkeit.)

Vizepräsident Graf Stolberg (in großer Erregung die Glocke schwingend): Ich rufe Sie zur Ordnung!

Abg. Stadthagen: Es steht wohl auch in der neuen Geschäftsordnung, daß man hier von dieser Tribüne herab preussische Minister nicht der Verbrechen beschuldigen darf, die sie begangen haben.

Vizepräsident Graf Stolberg: Ich rufe Sie zum zweiten Male zur Ordnung und mache Sie auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufes aufmerksam.

Abg. Stadthagen (fortfahrend): So lange die Gesetze keinen Unterschied machen, ob ein Mann Minister ist oder nicht, so lange ist es mein gutes Recht als Abgeordneter, das ich mir

nicht nehmen lasse, hier zu sagen, daß der, der ein Verbrechen begangen hat, auch verfolgt werden soll. (Bravol bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. v. Komierowski (Pole) befürwortet die Resolution v. Dziembowski.

Staatssekretär Dr. Rieberding: Minister v. Hammerstein hat im preussischen Abgeordnetenhaus als Grundgesetz ausgesprochen, daß in der Regel die Namen mit der Endung „a“ eingetragen werden und nur ausnahmsweise, wenn es sich um Namen von nachweislich polnischem Ursprung handle, mit der Endung „ia“.

Abg. v. Riedemann (Vpt.) bezeichnet die Resolution als überflüssig.

Abg. Dr. v. Dziembowski-Pomian tritt noch einmal für seine Resolution ein.

Staatssekretär Dr. Rieberding meint, die preussische Regierung werde sich nicht auf eine Milderung der Verfügung einlassen.

Abg. Schmidt-Warburg (Soz.): Es ist wiederholt auf die Notwendigkeit einer Reinigung des Strafvolkzuges hingewiesen worden. Nach Wittermeldungen steht in Preußen ein Erlaß bevor, welcher den Redaktionen geistige Beschäftigung gestattet, sie von der Reinigung der Zellen dispensiert und ihnen das Galten einer Zeitung gestattet. Mir wurden während meiner Haft Selbstbesorgung und Zeitungslektüre zuhanden und ich wurde von der Reinigung meiner Zelle dispensiert. Dagegen ist mein Freund Dr. Quard von dem neuen Gefängnisdirektor Wigula äußerst rigoros behandelt worden; man wollte ihn sogar die Besuche seiner Frau verwehren; man verweigerte ihm die Selbstbesorgung; er wurde sogar krank, da er die Gefängnislektüre nicht vertragen konnte. Das kennzeichnet den Geist der preussischen Gefängnisverwaltung, während im Großherzogtum Hessen s. B. die Behandlung der Gefangenen eine humanere ist.

Damit schließt die Diskussion. Der Justizetat wird bewilligt.

Die Resolution Dziembowski wird gegen die Stimmen der Nationalliberalen und eines Teiles der Rechten angenommen.

Der Etat des Reichs-Sachamts wird nach unwesentlicher Debatte, die Etats des Reichs-Eisenbahnamts, der Reichs-Schuld, des Rechnungshofs, des allgemeinen Pensionsfonds, des Reichs-Schuldenfonds, des Reichs-Schuldenfonds werden debattelos erledigt.

Der Postetat wird nach unwesentlicher Debatte angenommen. Ebenso debattelos eine Reihe kleinerer Etats und das Statgesetz.

Es folgen die früher ausgefertigten Abstimmungen über eine Reihe von Resolutionen zum Etat.

Mit großer Mehrheit angenommen wird die Resolution Trimborn (Zentr.), Gehl zu Herrnsheim (natl.) auf Veränderung der Gewerbeordnung in folgendem Sinne: „Junge Leute zwischen 14 und 18 Jahren dürfen in Fabriken nicht länger als 10 Stunden beschäftigt werden. Arbeiterinnen über 18 Jahre dürfen nicht länger als 10 Stunden, an den Vorabenden von Sonn- und Festtagen nicht länger als 9 Stunden beschäftigt werden. Jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen darf Arbeit nach Hause nicht mitgegeben werden. Für bestimmte Industriezweige sind Ausnahmen hierbon zulässig.“

Abgelehnt wird die Resolution Albrecht (Soz.) auf Errichtung von Betriebsaufsichtsbehörden mit Arbeiter-Beiräten, und die Resolution Stöckel (Zentr.) auf Einführung des allgemeinen 10stündigen Maximalarbeitstages. Angenommen werden die Resolutionen Gröber (Zentr.) auf Anerkennung der Reichsvereine der Berufsvereine, Köstke (Frei. Vg.) auf Erweiterung des Rechts der Berufsvereine dahin, daß sie ihre Verordnungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter auch auf Veränderung der Gesetzgebung richten dürfen, und die Resolution Dr. Jäger (Zentr.) auf Vorlegung einer Uebersicht über das auf dem Gebiete der Wohnungspolitik bisher Erledigte.

Damit ist die dritte Lesung des Etats erledigt.

Präsident Graf Ballesirem beraumt die nächste Sitzung an auf Dienstag den 21. April, 2 Uhr, mit der Tagesordnung: Beratung der Bekanntmachung über die Sicherung des Wahlgemeinnes, zweite Lesung des Phosphorjünholzgesetzes, und Wunsch der Abgeordneten ein frühliches, festliches Osterfest. (Bravol)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Feuilleton.

Kenilworth.

Roman von Walter Scott.

Aus dem Englischen übersezt von E. von Hohenhausen, durchgesehen und bearbeitet von F. Federsani-Weber.

(85. Fortsetzung.)

„Still, Lady Paget,“ sagte die Königin. „Ihr begeht Hochberrät gegen die heiligen neun Schwestern; aber da sie selbst Jungfrauen sind, so sollten sie sich von einer jungfräulichen Königin erbitten lassen; laßt mal sehen, der Vers heißt:“

Ich frage gern, war' nur das Falten nicht. Könnte man nicht in Ermangelung eines besseren darauf antworten:

„Weiß' unten sehn, wenn dir's an Mut gebricht.“

Die Hofdame brach in einen Strom von Jubel und Bewunderung über diese glückliche Antwort aus, und so viel ist gewiß, daß auch wohl mancher schlechtere Vers bewundert wurde, wenn er auch von einem minder bedeutenden Verfasser kam.

Die Königin, durch diesen Beifall ermutigt, nahm einen Diamantring und sprach: „Wir wollen dem jungen Mann Urache zur Bewunderung geben, wenn er zurückkommt, soll er sein Gedicht ohne sein Zutun beendigt finden.“ damit schrieb sie ihren Vers unter den Kenilworts.

Elisabeth ging aus dem Pavillon; aber langsam und oft hinter sich blickend, so daß sie sehen konnte, wie der junge Mann wie auf Flügeln nach dem Orte eilte, wo sie gestanden hatte. Sie zögerte einen Augenblick, um zu sehen, wie sie sagte, ob ihre Falle gefangen habe, und dann schlug sie darüber lachend ihren Weg langsam nach dem Palast ein.

Elisabeth hatte der Lady Paget verboten, gegen irgend jemand der Hilfe zu erwähnen, welche sie dem jungen Dichter geleistet. Die Hofdame versprach gewissenhaftes Stillschweigen, aber zu Gunsten Leicester's behielt sie sich schweigend eine Ausnahme vor, und teilte dem edlen Lord diesen

Vorgang sogleich mit, der sehr wenig geeignet war, ihm Vergnügen zu machen.

Kenilworth hatte sich unterdessen an das Fenster gestohlen und las mit Entzücken die Ermütigung, welche die Königin ihm persönlich auf seiner ehrgeizigen Laufbahn gegeben hatte; dann ging er zu Suffey und seinem Gefolge zurück, die sich eben einschließen wollten. Sein Herz schlug hoch vor befriedigtem Stolz und der Hoffnung künftiger Auszeichnung.

Die Ehrfurcht, welche man der Person des Grafen schuldete, verhinderte, daß man von der Aufnahme sprach, welche er bei Hofe gefunden hatte, bis man aus Land stieg und der ganze Haushalt sich in der großen Halle von Sains-Court versammelte, während der Lord durch seine letzte Krankheit und die Anstrengungen des Tages erschöpft, sich in sein Zimmer zurückzog, den Beistand Waylands, seines glücklichen Arztes verlangend. Dieser wurde aber nirgendes gefunden, und während einige der Gesellschaft mit mißtrücker Ungeduld und unter derben Flüchen nach ihm suchten, versammelten sich die andern um Kenilworth und wünschten ihm zu seinen Aussichten auf Hofgunst Glück.

Er besaß Urteil und Takt genug, um den entscheidenden Umstand mit dem Vers zu verschweigen, wozu einen Reim zu finden Elisabeth sich herabgelassen hatte; indessen war manches andre bekannt geworden, welches keinen Zweifel darüber ließ, daß er in der Gunst der Königin vorgezogen sei. Alle beeilten sich, ihm ihre Freude über seine Aussichten zum Glück wissen zu lassen; manche aus wirklicher Anhänglichkeit, manche vielleicht, weil sie durch ihn mit zu steigen hofften, und noch andre aus diesen beiden Ursachen zugleich und weil sie die Auszeichnung, die einem aus Suffey's Haushalt widerfuhr, für einen Triumph des Ganzen ansahen.

Kenilworth sagte einem jeden den verbindlichsten Dank, mit anständiger Bescheidenheit einwendend, daß die günstige Aufnahme eines Tages ihn so wenig zum Günstling mache, wie eine Schwärze den Sommer bringe.

Er sah, daß Blount nicht in die allgemeine Glückwünsche einstimme und etwas empfindlich über diese schmeichbare Gleichgültigkeit fragte er ihn nach der Ursache.

Blount antwortete mit seiner gewöhnlichen Aufrichtigkeit: „Mein guter Walter, ich wünsche Dir so gut Glück, wie irgend einer jener plaudernden Gesellen, die sich um Dich herdrängen und Dir ihre Glückwünsche ins Ohr flüstern, weil es scheint, als werdest Du gutes Wetter haben; aber ich bin besorgt um Dich.“ damit trocknete er sein redliches Auge.

„Ich bin herzlich besorgt um Dich. Diese Hoffnisse, Aufsprünge und vorübergehenden Blitze der Gunst schöner Frauen sind die Künste und Nistie des Satans, womit er schönes Vermögen in Wenige verwandelt und hübsche Gesichter und wichtige Köpfe auf den Block legt.“

Mit diesen Worten stand Blount auf und verließ den Vorzimmer, während Kenilworth ihm mit einem Ernst nachsah, der auf Augenblicke den kühnen, lebendigen Ausdruck seines Gesichtes verdrängte.

Stanley trat jetzt in die Halle und sprach zu Kenilworth: „Lord suchte Euren Diener Wayland, der ist oben in dem Nachen angekommen und fragt nach Euch. Ich muß mich eher zu Lord gehen, bis er mit Euch gebredet hat. Der Purche sieht ganz verstört aus.“

Trefflich verließ augenblicklich die Halle, doch daß Licht in ein Nebenzimmer gebracht werde und dort Schmiech Wayland dahin. Die Gemütsbewegung in seinen Zügen letzte Trefflich in Erstaunen.

„Was fehlt Dir, Schmiech?“ fragte Trefflich, „hast Du den Teufel gesehen?“

„Schlimmer als das,“ sagte Wayland, „amen Kapitän: ich ich, Gott sei Dank, daß ich ihn und er nicht mich gesehen hat, so wird er weniger Böses tun können.“

„Ich habe meinen alten Herrn wiedergesehen,“ sagte der Diener. „Gestern abend nahm mich ein Freund mit, den ich mir hier erworben habe, um mir die Uhr des Reiches zu zeigen, weil er glaubte, solche Kunstwerke machten mir Freude. An dem Fenster eines Türmchens, unsers der Uhr, erblickte ich meinen alten Herrn.“

Eisenbahnen und Mobilmachung.

In der „Münchener Post“ schreibt Genosse Rudolf Krafft, ein ehemaliger Offizier: Herr Rudde sucht, wie männlich bekann, unter dem Vorwand der Scharfmacher und Spießbürger, den Eisenbahnbeamten usw. das Koalitionsrecht zu schmälern. Begründen tut er es damit, daß ein unbeschränktes Koalitionsrecht den Staat im Mobilmachungsfalle schwer bedrohen könne. Hiermit betreibt der nunmehrige Minister und ehemalige General Rudde nur, daß er sich über das Wesen des modernen Krieges nicht klar ist. Er scheint offenbar immer noch zu glauben, daß die Regierung heutzutage ebenso mit nichts als nichts kriegen könne wie früher, wo die Heere viel kleiner waren als jetzt. Seitdem aber die europäischen Großstaaten Millionen zu mobilisieren befähigt, können sie ohne Hilfe des internationalen Großkapitals — wofür Herr Rudde, internationalen Großkapitals — gar nicht mehr loskommen. Deswegen die Reichswehr, Reichsflotte, Reichsmarine usw. ihre Kasernen nicht, so ist das glorreiche Deutsche Reich eben nicht im Stande, einen großen Krieg anzufangen. Ja, es werden sogar höchstwahrscheinlich auch noch die Wanderbüchse, Morgan usw. ein Wörtchen dreinsprechen haben.

Bei näherer Ueberlegung wird sich also auch Herr Rudde sagen müssen, daß die deutsche Regierung nicht mehr souverän über Krieg und Frieden entscheiden kann. Geseht nun, das Koalitionsrecht der sogenannten Eisenbahner würde wirklich dahin führen, daß zuerst auch die Arbeiterchaft einen großen Einfluß auf die Entscheidung, ob das Schwert gezogen werden soll, erlange, so taucht doch die Frage auf, ob dieser Einfluß gefährlicher wäre, als der bereits bestehende des Großkapitals. Dem Arbeiter ist es durchaus nicht gleichgültig, ob sein Vaterland in einem Feldzuge unterliegt, vorausgesetzt, daß er von den herrschenden Klassen nicht so insam geschunden wird, daß er in dem eintretenden Feind einen Befreier erblickt. Das unbeschreibliche Elend, das dann entsetzt, wenn das eigene geschlagene Millionenheer ins Land zurückflutet und ihm auch noch die siegreichen Millionen des Gegners folgen, wird gerade das Proletariat am härtesten treffen. Weil es nicht die nötigen Mittel besitzt, um auch nur die unentbehrlichsten, trotzdem aber horrenden notwendigen Nahrungsmittel kaufen zu können. Ferner sind etwa 50 Prozent der Armeesoldaten Arbeiter, denen es durchaus nicht egal sein kann, ob sie siegen oder nicht; denn der geschlagene Teil hat stets größere Verluste an Leben und Verwundeten zu beklagen, und außerdem können die Invalidenpensionen nach einem gemessenen Feldzuge natürlich höchst bemessen werden, als nach einem verlorenen. Daß 1871 die Invalidenpensionen um das 10-fache ausblieben, nur hier nicht zur Sache, sondern ist lediglich charakteristisch für Bismarck, für die aus Nationalliberalen und Konservern bestehende damalige Reichstagsmajorität, für den Kriegsminister Roon und Kaiser Wilhelm I.

Wir sehen also, daß der Arbeiter unter halbwegs anständigen Verhältnissen am Siege seines Landes teilhaftig interessiert ist, und sich in sein eigenes Fleisch schneiden würde, wenn er die Mobilisierung durch einen Streik verzögern wollte.

Besonders anders liegen die Dinge beim Großkapital, das wie eine Kasse immer auf die Höhe fällt. Auch wenn das Land, in dem die Großkapitalisten sitzen, geschlagen wird, machen diese doch einen hübschen Profit. So schloß z. B. das Jahr 1870-71 für die Bank von Rothschild nach dem eigenen Eingeständnis zu dem besten Geschäftsjahre. Und wie „patriotisch“ das Großkapital ist, hat man 1870 beobachtet, als die deutschen Großkapitalisten beim Beginn der Forderung der preussischen Kriegsanleihe keinen Mitleid mitbrachten. Sie danken für das neue Vaterland seinen Großen nicht. Es dürfte also keinem Zweifel unterliegen, daß die Abhängigkeit der Regierung im Kriegsfalle dem Großkapital viel bedeutender ist, als eine solche von der Arbeiterchaft je werden kann.

Nun ist Herr Rudde mit ganz besonderem Nachdruck darauf hin, daß die sozialdemokratischen Arbeitervereinigungen international seien, und daraus sei einem einleitenden Konflikt zwischen Konventionen einzuweichen. Wenn Herren und Damen die Eisenbahner solchen Sozialisten angehören. Geht es ihnen die Eisenbahnbeamten und Eisenbahnarbeiter der Großstaaten Europas wirklich in einer so heißen sozialdemokratischen internationalen Gewerkschaft vereinigt, daß sie durch einen Streik verhindern können, so wäre dies das größte Glück für Europa. Ein derartiger Streikverbot würde eine bessere Friedensabklärung vorstellen als der Streik und der Pazifismus, und wie leicht die nachigen Friedensgeheimnisse betrogen. Die Sozialdemokratie verabsieht den Krieg, sie will Frieden haben auf der Welt und die Menschheit zu einer höheren Kultur, die keine Schindelmühle wie die heutige mehr ist, führen zu können. Auch das übrige menschliche Volk verlangt nirgends nach einem Krieg, denn es hat ganz andere Wünsche, als die zu denigen. Es hat mit dem Entschluß des nächsten Jahres so viel zu tun, daß es keine Schwärze nach dem schönen Gesicht des Scherzges und Schwanz verpönt. Interesse am Kriegführen haben nur die Diplomaten, Berufssoldaten, Großkapitalisten, Abenteurer und Rabindern, denen ein geregeltes Leben nicht geht und die haben zu einem produktiven Beruf unfähig sind. Nur die Dauer ist ja die einzige Vermittlung, daß diejenigen, die im Krieg die Rede mit ihren Knochen, mit Gut und Blut bezahlen, sich endlich zum Krieg kommandieren lassen müssen, mahlen.

Herr Rudde mag sich also beruhigen. Ob er Recht bekommt oder nicht, ist ihm völlig egal. Er hat die Arbeiter und geistigen Arbeiter, eine Frage der Zeit, die nach dem Ende bis der Weg der menschlichen Dummheit und Gleichgültigkeit, der den Weg in das Reich der großen Dummheit verleiht, nicht abgesehen ist. Bei dieser Arbeit gibt es gar kein solches unwillkürliche Verhalten, die meisten haben Interessen, haben, man muß sogar den Ziel Erreicherung haben. Zudem ist ihre Unterwerfung mit der großen Worte kommt im Leben an die Grenze, die der Arbeiter ertragen wollen und lassen die bestehenden Mittel anwenden, werden sie unbedarft nach Arbeiter zu dem Verzug des Bewusstseins übergeben. Es wäre also nicht hätte Zeit, daß die Sozialdemokratie einen Oaken für unwillkürliche Forderung des Lebens ist. Allerdings wäre es ein solches Sozialist behaupten, da gar zu viele Leute damit belächelt werden müssen.

Soziales.

Der geistliche Achtstundentag für die Bergarbeiter in Belgien.

Seine wiederholte wurde, so schreibt Genosse Esparin im „Correspondant“ — nun ist die der belgischen Bergarbeiter der Versuch gemacht, die Achtstundentag der Arbeiter, besonders der Bergarbeiter, gesetzlich zu verankern. Das jedesmal eine Erleichterung. Es ist bis heute in das Schicksal des Unternehmers gestellt, auf wieviel Stunden er den Arbeiter ausbeuten will.

Nach der Statistik vom Jahre 1895 müßten von den 114000 Arbeitern der Bergindustrie nur 7,95 Prozent weniger als 8 Stunden pro Tag, 7,65 Prozent 8-9, 10,75 Prozent 9-10, 2,53 Prozent 10-11 und 1,25 Prozent mehr als 11 Stunden pro Tag.

Nach dieser Statistik können arbeiten als noch fünf bis sechs der Bergarbeiter mehr als 10 Stunden täglich.

Abwärtig werden die einschlägigen Kommissionsarbeiten der Bergarbeiter, der Achtstundentag für die Bergarbeiter, auf geistlichem Wege eingeführt. Und nun hat Herr

Reaktionären und liberalen Manchesterleuten jeden Einwand gegen die Einführung des Achtstundentags zu nehmen, verlangt sie die sofortige Verkürzung des Arbeitstages bis zu 8 Stunden.

Hier der Entwurf, der voraussichtlich nächste Woche zur Veratung kommen wird:

Artikel 1. Ein Jahr nach Verkündung dieses Gesetzes darf die Arbeitszeit unter Tag die Dauer von neun Stunden nicht überschreiten. In diese Zeit ist die Ein- und Ausfahrt einbegriffen. Drei Jahre nach der Verkündung darf die Arbeitszeit acht Stunden nicht überschreiten.

Artikel 2. Königliche Erlasse können nach Einholung des Gutachtens der Minenverwaltung und des zuständigen Arbeiterinspektors während einer Frist, die niemals drei Monate übersteigen darf, gewisse Unternehmer von der strengen Einhaltung des vorstehenden Artikels dispensieren. Aber dies nur, wenn es das Interesse der Industrie dringend erheischt.

In diesen Fällen setzt der königliche Erlaß eine Erhöhung der Löhne für die Arbeiter fest, die aber nicht weniger denn 50 Prozent betragen kann.

Artikel 3. Uebertretungen sind durch alle Wege des Rechts zu konstatieren und besonders durch die Protokolle des Mineninspektors und des Arbeiterinspektors.

Diese Protokolle sind in drei Exemplaren anzufertigen, wovon eines dem Arbeitsministerium, das zweite der betreffenden Staatsanwaltschaft und das dritte dem das Gesetz übertretenden Unternehmer zuzuführen ist.

Artikel 4. Der Unternehmer oder dessen Vertreter, der überführt worden ist, die festgesetzte Arbeitszeit überschritten zu haben, ist mit Polizeistrafen zu belegen für jedesmal und für jeden Arbeiter. Im Wiederholungsfall ist der Richter gehalten, auf Gefängnis zu erkennen.

Nicht zu bestrafen ist die Uebertretung, welche die Sicherheit der Arbeiter oder des Werkes unmittelbar notwendig macht.

Die Unternehmer sind verantwortlich in der Hauptsache und für die Strafen, die über ihre Vertreter verhängt werden.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 25. März 1903.

Die Volksversammlung im Thaliaaal in Duxau

war ziemlich gut besucht. Genosse W. Haupt hielt einen sehr interessanten Vortrag über „Die Steuer-Verhältnisse der Stadt Magdeburg“, den die erschienenen Genossen und Genossinnen beifällig aufnahmen. In der Diskussion brachte Genosse Weiphal ein ihm nach seiner Meinung seitens der Substantenbehörde zugefügtes Unrecht vor. Nach einigen Schlagworten des Genossen Wilmanns trat Schluß der Versammlung ein.

Was sollen Arbeiterfamilien leisten?

Von der illustrierten Romanbibliothek „In freien Stunden“ liegen die Bände 11 und 12 des neuen Jahrgangs vor. „Der Geldmensch“, ein volkstümlicher Roman des ungarischen Dichters M. Jozsa, erscheint als Hauptroman. Neben diesem gelangt die belgische, sozialistische die Jugend schreibende Erzählung der belgischen Schriftsteller Erdmann-Charlier: „Der Arbeiter“ zum Vorschein.

Die Bände erscheinen wöchentlich zu 10 Pf. Bestellungen nimmt jeder Buchhändler, sowie die Expedition der „Volksstimme“ und die Post (Post-Zahlungsbetrag Nr. 3556) entgegen. Die Namen unserer Lesern des Abonnements entgegen. Wenn Abonnementsbestellungen die Buchhändler die Erneuerung des Abonnements nicht veräumen.

Achtung, Metallarbeiter!

In Interaktion der geistigen Arbeiter befindet sich die Angaben betreffend die Wahl der Delegierten zur 6. Generalversammlung der Metallarbeitervereine in Berlin.

Die Wahlen finden ebenfalls in ganz Deutschland am Sonntag den 29. März um und hat die ständige Verwaltung die Zeit von 11-2 Uhr zur Wahl bestimmt. Da jedes Mitglied im Wahllokal seinen Wahlzettel abgeben kann, bevor die Wahlen am Sonntag nicht stattfinden dürfen, so daß die Wahl selbst nur wenige Minuten Zeit erfordert, kann wohl auf eine recht rege Beteiligung gerechnet werden.

Zur Schubbewegung der Schuhmacher.

Allen Anführern und Beschäftigten der Schuhmacher-Unternehmer oder dem Kommando in Schuhmachergewerbe durch öffentliche Verhandlungen in Berlin der Schuhmacher zu erwählen. Eine Kommission wurde hierzu das Geschäft des Herrn Charles an der Berliner Straße, der bei den Schuhmachern Schuhmachern nach dem Jahr 1890 her in ganz Berlin tätig ist, einen Arbeiter, der bereits Jahre lang im Geschäft tätig ist, zum Vorsitz ernannt hat. Da nicht zu erwarten ist, daß Herr Charles die nötige Aufmerksamkeit und Eifer für die Einführung der Achtstundentag im Schuhmachergewerbe zu zeigen wird, so kann die Kommission nur als ein Versuch für die Arbeiter der Schuhmachergewerbe angesehen werden, zu dem Zweck, eine Entscheidung herbeizuführen. Daß eine Entscheidung, die die Schuhmacher mit dem eigenen ist, Einführung zu erwarten ist, wird Herr Charles und der Kommando nicht zu erwarten. Die Schuhmacher Magdeburg werden hierzu einen Brief an die Kommission schreiben, wenn die Kommission auch mit einem Antragsteller in Berlin gehen sollte.

Teiler hängen.

Die „Magdeburger Zeitung“, welche alle Momente hin es nicht unwillig dem Schuhmachergewerbe entgegen ist, gegen die soziale Arbeiterbewegung hat jeden Tag unerschrocken Gelegenheit die Arbeiter hängen zu lassen. Selbst vor dem, daß die sozialistischen Arbeitervereine mit dem Herrn Charles einen Brief an die Kommission schreiben, wenn die Kommission auch mit einem Antragsteller in Berlin gehen sollte.

Ein Interaktion der geistigen Arbeiter befindet sich die Angaben betreffend die Wahl der Delegierten zur 6. Generalversammlung der Metallarbeitervereine in Berlin.

lands hat soeben den Vertrauensleuten die Abrechnung über die Einnahme und Ausgabe des Jahres 1902 zugefandt. Sie beläuft sich in der ungeheuren Höhe von 1 160 707 Mark. Obgleich das Jahr 1902 infolge der wirtschaftlichen Konjunktur kein besonders reichliches war, veranschlagten die Maurer doch 455 611 Mark für Streiks und Wausperren. Andre Posten in der Abrechnung sind noch viel interessanter. Für Agitation an die Gewerkschaften wurde die enorme Summe von 63 043 Mark bezahlet. Für sonstige Agitation wurden noch 1614 Mark veranschlagt. Für Reisen zur Streikkontrolle wurden 4740 Mk. gezahlet; da mühten die Herren Agitatoren brillant haben leben können. Das Geld der deutschen Maurer wurde auch ins Ausland geschickt. Die freisenden Kollegen in Amsterdam und Bern erhielten ansehnliche Postchen. Trotz dieser hohen Ausgaben vermehrte sich das Verbandsvermögen in dem einen Jahre um 304 550 Mark und beträgt jetzt insgesamt 1 309 105 Mark. Gestützt auf diese großen Kassenverhältnisse tragen die Verbandsleiter angelegentlich der kommenden Lohnbewegung hohes Siegesbewußtsein und starken Uebermut zur Schau. In zahlreichen Orten sind bereits die Herren Kollegen in Differenzen mit den Arbeitgebern geraten und es steht ganz danach aus, als wenn uns das Frühjahr Streiks und Sperren in Hülle und Gülle bringen sollte. Hoffentlich erkennen die Arbeitgeber die ihnen drohende Gefahr und rüsten sich zu energischem Widerstande.

Schänderhaft — wirklich schänderhaft! — Nicht bloß, daß die Maurer ihren Agitatoren ein brillantes Leben zu teil werden lassen, schickt diese Gesellschaft auch noch ansehnliche Postchen in das Ausland. Wie oft mag Lantchen beim Niederschreiben obiger Zeilen das Niederflächchen zur Hand genommen haben? —

Unbezahlbare Beklame.

Im hiesigen „General-Anzeiger“ und der „Volksstimme“ erschienen kürzlich Inserate des Elektrotherapeuten Franz Kolbe jun. hier, in denen derselbe sein Heilverfahren Kranken aller Art zur Benutzung empfiehlt und zugleich behauptet, er habe bereits viele großartige Erfolge erzielt, selbst in Fällen, wo die Ärzte den Leidenden aufgegeben hatten. In der „Volksstimme“ waren dann dieser allgemeinen Anzeige noch fünf Fälle wunderbarer Heilungen beigefügt. Dem ersten, einem schwer kranken Schloffer, sollte von dem behandelnden Städtischen Arzt, der Tod in 4 bis 6 Wochen in Aussicht gestellt sein, worauf der Mann sich in seine — Kolbe — Behandlung begeben und nach relativ kurzer Zeit geheilt und wieder arbeitsfähig geworden sei. Der zweite Fall betraf einen Mann, der nach der Diagnose hervorragender Ärzte hoffnungslos an Magenkrebs litt und traglos dem Tode verfallen wäre, der aber auch durch Kolbes Methode glänzend geheilt sei; der dritte Fall war eine geheilte schwere Geschlechtskrankheit; der vierte ein Lehrer, der an hochgradigem Gelenkrheumatismus und an ein Augenleiden, das fast Blindheit zur Folge hatte; letzter der jüngste schließlich ein epileptischer, fast stöbiger Mann; auch diese drei sollten nach der Anzeige Heilung bei Kolbe gefunden haben.

Die Verleserinnen Felte auf diese Inserate hin Strafantrag wegen unzulässiger Werbung gegen Kolbe sowie gegen die Redakteure Adolf Stutz und August Kadrian; zugleich damit wurde auch Anklage erhoben wegen Erlassens unwahrheitsgemäßer Annoncen. Heute nun waren als Entschuldigenden die vier erwähnten Patienten erschienen. Zwei davon geben an, sie seien lange erfolglos von namhaften Ärzten behandelt und schließlich als dem Tode verfallen abgegeben, durch Kolbes Kur seien sie, wenn nicht vollständig geheilt, so doch demut gebessert, daß sie sich gesund fühlten und selbst während des Winters wieder arbeiten können. Die beiden andern, die auch erfolglos ärztlich behandelt waren, hatten sich durch Kolbes Kur für völlig geheilt. Betreffs des jüngsten Falles konnte nur ein Dankschreiben der Eltern des geheilt sein sollenden Patienten vorgelesen werden, da der auswärts wohnende Vater eines Sichtsankalles wegen nicht erscheinen konnte.

Der Sachverständige, Gerichtsarzt Dr. Refferlein, begutachtet, er habe die Angaben desfalls für wahrheitsgemäß, weil Kolbe unbedingt mehr versprochen, als er halten konnte, bei verzweifeltsten Fällen von Lungen-, Herz- und andern Krankheiten, bei denen er die Anwendung seiner Kur empfiehlt, verlege die Heilmittel der Elektrizität. Die vier behandelten Heilungen bzw. Besserungen ließen sich nur so erklären, daß die Natur der Patienten sich selbst geholfen habe, wobei ihr die Elektrizität wohl infolgedessen geholfen hätte, als sie die Nerven befecht und gestärkt habe.

Der Anwalt hielt die Angeklagten für überführt und beantragte gegen Kolbe eine Geldstrafe von mehreren hundert Mark, gegen die Redakteure eine solche von je 30 Mark. Das Gericht folgte jedoch den Ausführungen des Verteidigers Rechtsanwalt Landsherg und nahm an, daß weder unzulässiger Wettbewerb vorliege noch präventive Injurien, denn nach dem Ergebnis der Verhandlung habe Kolbe wohl glauben können, er vermöge das zu leisten, was er versprochen, auch habe er keine unwahren Tatsachen behauptet, denn die von ihm angeführten seien durch Zeugen bestätigt und es sei ihm zu glauben, daß er nach einer Anzahl weiterer solcher Zeugen aus dem Kreise seiner Patienten stellen könne. Es erfolgte daher Freisprechung aller drei Angeklagten.

Die Komödie der Jesuitenheze.

Die „große Volksbewegung“ gegen die Wiedererrichtung der Jesuiten wird jetzt als ein Experiment und Wahnsinn über entlarvt. Ganz besonders die Nationalliberalen — und nicht zum wenigsten die Magdeburger — werden dabei geblüht an dem Pranger gehalten. Die Nationalliberalen, die in Magdeburg und durch ihren Stempel so bombastisch gegen die Jesuiten wühlten, erklären sich dort, wo sie um die Zentrumstimmen kühnen, für die schwarzen Jesuiten. So lächelt die „Germania“:

Am 15. März d. J. fand in Gelnhausen eine Verfassungskonferenz der Jesuitenvereine für den Wahlkreis Gelnhausen statt. In dieser Versammlung legte Herr Antonius Wiedel ein Telegramm des national-liberalen Kandidaten, des Herrn Untersekretärs Lucas, vor, worin dieser erklärte, für Vererbung des § 2 des Jesuitengesetzes stimmen zu wollen. Herr Wiedel warb in heftigem Widerspruch um die Zustimmung für seinen Kandidaten Herrn Lucas auf Grund dieses Telegramms, die Zustimmung entschied sich jedoch einstimmig für Aufstellung eines eigenen Kandidaten.

Genossenschaft für die Einführung der Nationalliberalen ist nun eine Versammlung, die diese zur letzten Stunde am 15. März in Magdeburg stattfinden; dort gab es keine Kommunalwahl sondern die nationalliberalen Führer Herr Wiedel, der die Rechte hielt. Keine seinem Kandidaten Herrn Lucas lassen. Seine Ausführungen sind so bedeutend, daß die meisten Gemüther der Nationalliberalen, wenn sie unter sich sind, daß wir eine solche Komödie weiter Volkstheorie Ausdruck werden.

Es ist mit Recht schon im Reichstage wie im Abgeordnetenhaus dementsprechend erlaubt, daß in einem solchen Falle der Verleser ein Gefühl der Ironie, des Humors, des gewisses Maßes hat und sich greift über das, was die Reden der Staatsmänner vor den Anwesenden zu hören sind, und der dies den besten politischen Nutzen an dem Gemeinwohl. (Sehr richtig!) Ich glaube, daß die Komödie weiter Volkstheorie Ausdruck werden.

Es ist mit Recht schon im Reichstage wie im Abgeordnetenhaus dementsprechend erlaubt, daß in einem solchen Falle der Verleser ein Gefühl der Ironie, des Humors, des gewisses Maßes hat und sich greift über das, was die Reden der Staatsmänner vor den Anwesenden zu hören sind, und der dies den besten politischen Nutzen an dem Gemeinwohl. (Sehr richtig!) Ich glaube, daß die Komödie weiter Volkstheorie Ausdruck werden.

fiel: „Das Zentrum ist Trumpf!“ ist in der Tat schon in großem Umfange zur Wahrheit geworden (Zurufe: Weiber!), und es bedarf des scharfen Widerstandes und der Aufrichtung der Weiblichkeit gegen ein solches Verhältnis, damit nicht die Regierung weiter und weiter genötigt wird, zurückzuweichen.

Somit die „Germania“. Und Herr Arendt hat in der betreffenden Versammlung ausdrücklich sich für das Satz-
kerische Programm verpflichtet!

Die ganze „Volksbewegung“ gegen die Jesuiten ist also eine elende Komödie der Nationalliberalen und ihrer Helfershelfer! —

Vom Statistischen Amt. Im Monat Oktober 1902 sind 22 Rohbauabnahmen von Neubauten (Wohngebäuden) erfolgt, ferner hat ein Umbau stattgefunden. Durch Abbrüche wurden zwei Gebäude befreit. Die Zahl der vorhandenen Wohnungen hat sich durch die Neubauten um 201 vermehrt. Der Mehrzahl nach sind es wieder Wohnungen, von denen bereits eine Ueberproduktion vorhanden ist. Die Wohnungen mit keinem resp. einem heizbaren Zimmer haben um 4, diejenigen mit zwei bis vier heizbaren Zimmern haben um 160, die großen um 37 zugenommen. —

Von Rechts wegen. Die Frau Rosa Patzschke aus Galizien wollte ihrem in Amerika lebenden Mann nachreisen, da sie aber völlig mittellos war und nur von Amsterdams aus hoffen konnte, nach Amerika mitgenommen zu werden, so machte sie denn den weiten Weg bettelnd mit ihrem kleinen Mädchen an der Hand. Bis Magdeburg kam sie denn auch glücklich; hier wurde sie indes abgefaßt, blieb 14 Tage in Untersuchungshaft und wurde heute wegen Bettelns zu 3 Tagen Haft verurteilt, die indes für verbüßt erklärt wurden. —

Städtisches Konzert. Am Mittwoch den 1. April d. Js. findet das letzte diesjährige Winter-Konzert des städtischen Orchesters unter Leitung des Kapellmeisters Joseph Krug-Waldsee in den „National-Theatern“ statt. —

Walhalla-Theater. Das Programm des zu Ende gehenden März weist eine solche Fülle von begabten Kräften auf, daß man in Zweifel gerät, wem eigentlich die Palme gebührt. Fast alle Nationen sind diesmal unter dem lustigen Artistenwädelchen vertreten. Hervorragend ist das Gebiet der Gumnastik durch das Grandini- und Wilhuhn-Trio vertreten. Etwas Exotisches, wie diese beiden Truppen leisten, dürfte so leicht nicht vorkommen. Das humoristische Fach wird durch den schätzlichen Pantomimen Richard Hungar, vor allem aber durch den beliebtesten Pantomimen Heinrich Blant vertreten. Die Darbietungen des letzteren erwecken fortgesetzt lächelnde Heiterkeit. Eigenartig und originell sind das holländische Charakter-Duett Duo Paulus sowie das vorzügliche französische Gesangs-Quartett Les Provencales. Scherzwort ist ferner der Dreifurk-Act von Anita Gracielia mit ihren Papageien, Tauben usw. Alles in allem können wir einen Besuch nur empfehlen. —

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Halberstadt-Nieserleben-Wernigerode.

Genossen in Stadt und Land! Am Sonntag den 29. d. M. findet in unserem Wahlkreis die zweite Flugblattverbreitung statt. Ueberall haben sich die Genossinnen und Genossen zu rufen, um an dieser Aufklärungsarbeit teil zu nehmen. Jede Hütte der Arbeiter muß aufgesucht werden, um in dieselben unsere Aufschauungen zu tragen. Jeder einzelne muß wissen, was auf dem Spiel steht, wenn er nicht seine Stimme für die Arbeiterpartei, für die Sozialdemokratie abgibt. Also helft mit, daß wir für die Verbreitung unserer Ideen sorgen können. Der Erfolg wird dann sicherlich nicht ausbleiben. Also auf zur Agitation!

Die Parteileitung.

Karl Schänelb. Aug. Albert.

Nieserleben, 23. März. (Stadtverordneten-Sitzung.) Erster Beratungspunkt war der Haushaltsplan der Kämmerei-Kasse. Vor Eintritt in die Tagesordnung kritisierte Stadtv. Wolf die um 70 Prozent gestiegenen Polizeieinkünfte mit dem Bemerkten, ob es bedingt sei, daß die Bürger nur mit so hohen Polizeieinkünften in Ordnung zu halten seien. Desgleichen sei die Steinbruchanlage bei gleicher Ausgabe um 60 Prozent in der Einnahme gefallen. Im allgemeinen sei über die 10 Prozent Mehrausgabe bedeutend hinausgegangen, wodurch der im Vorjahre erlangte Ueberschuß beträchtlich angegriffen werden würde. Der Armenrat sei aber ganz ungeheuer gestiegen, und glatte Redner in dem Bezug vom Lande bedürftig zu erkennen. (Damit wäre die Behauptung von der „stärkeren Erziehung“ der landwirtschaftlichen Arbeiter von einem Nichtsozialdemokraten ja widerlegt.)
Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten, und werden die Einwendungen vom Stadtv. Wolf bei dem Gehalt des Registrator's Zweifel bezüglich der Aufhebung um 250 Mark des halbes erhoben, weil derselbe der Klasse 35 angehört, wozu eine demgemäße Steigerung nicht eingestuft ist. Oberbürgermeister Michaelis erklärt den Umstand damit, daß es dem Gehalt zu gut zu halten sei, da bei Teufel die Alters- und sonstige Zulage zusammenfalle. Stadtv. Menning fragt an, welche Gegenleistung der Männer- und Jünglings-Verein der Stadt entgegenbringe dafür, daß der Lehrer Heine 100 Mark für Hilfeleistung im genannten Verein jährlich erhält. Der Magistrat beantwortet die Frage dahin, daß ein früherer Beschluß der Stadtverordneten diese Summe eingestellt habe; weshalb kann der Fragersteller hierbei nicht erfahren.

Des Weiteren nimmt Stadtv. Menning Veranlassung, über die dem Registratormeister Gattwich geleistete Remuneration in Höhe von 200 Mark, wodurch dessen Gehalt dem des Stadtschreibers Dannenberg gleichkomme, dahingehend anzufügen, weshalb diese Summe nicht einfach als Gehalt eingestellt würde. Der Magistrat erklärt das niedrige Gehalt des Dannenberg mit denen regierungsmäßigiger Anstellung. Drittens fragt Menning an, wie es komme, daß der Schützenverein (es ist dieses die rechte Schützen-Gesellschaft in Nieserleben) alljährlich 71 Mark für Silbergewinne gezahlt werden. Hierzu erklärt der Magistrat und Stadtv. verordnete: dieses sei schon seit über 100 Jahren und bleibe auch ferner so. (.)

Stadtv. Wolf fragt bei dem Kapitel städtische Straßenreinigung, welche heute bereits 5000 Mark verursahe, an, wie weit das Projekt der gesamten Straßenreinigung seitens der Stadt gediehen sei. Hierüber konnten seitens des Magistrats nur verzerrte Mitteilungen gemacht werden. — Bezüglich der Steuernveranlagung wurde beschlossen, 135 Prozent Einkommensteuer, 165 Prozent Gewerbesteuer und 50 Prozent Betriebssteuer zu erheben. Der Gesamt-Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 599 000 Mark ab. Diese Summe ist dem Vorjahre gleich.

Nach einigen der wichtigsten Vorlagen (Beschaffung einer Feuerbrücke) soll in die nächstjährige Sitzung eingereicht werden. Stadtv. Wolf wird zunächst aber noch die Frage an den Magistrat, wie hoch die Ausgaben für Post- und Telegraphenarbeiten an der zu erbauenden halberstädtischen Badanstalt sich belaufen. (Der Magistrat hat zwecks Nachprüfung von Mitteln an Post- und Telegraphen-

arbeiten in einer nichtöffentlichen früheren Sitzung darum nachgefragt.) Ihm scheint, als ob die Arbeiten ungeheuer teuer zu werden. Vom Vorleser wurde dem Stadtv. Wolf die Auskunft gegeben, er solle darüber Auskunft haben. (Sollte die Auskunft bejahend noch nicht erteilt sein, so sei hierzu bemerkt, daß die dortselbst beschäftigten Arbeiter pro Tag 1,40 Mark erhalten, oder pro Stunde 16 Pf. d. W.) —

Nieserleben, 24. März. (Ueberfall.) dürfte die Handlungsmasse des Spektakels H. Papmeier gegenüber dem Arbeiter And. Klaus genannt werden. Klaus veranlaßt die Gemeinschaft mit anderen von B. gelegentlich beschäftigten Arbeitern, als diese bei B. anfragten, ob selbiger für sie am Nachmittag Beschäftigung habe. Nachdem B. diese Frage verneint hatte, erlaubte sich Klaus einen ihm aufgetragenen Gruß einer in Magdeburg wohnenden Witwe Kl. P. an B. auszurichten. Hierauf lud B. den Klaus ein, in sein Kontor einzutreten, wo er ihn ersuchte, sich in einen dort befindlichen Lehnstuhl zu setzen. Unangenehm folgte Klaus diesem Ersuchen; kaum hatte er sich aber niedergelassen, hegelle es derartig Dyrzeigen, daß die anwesenden zwei Buchhalter B. gegenüber erklärten, er solle doch endlich aufhören. B. ist vor nicht langer Zeit wegen eines ähnlichen Verhaltens mit neun Monaten Gefängnis bestraft worden, doch scheint den Herrn Klaus diese von seinen Vorverurteilungen nicht kurieren zu haben. Klaus wird die ihm widerfahrne Mißhandlung bei der Staatsanwaltschaft denunczieren. —

Nieserleben, 24. März. (Unglücksfall.) Der 16jährige Arbeiter Bergmann wurde in der Holzhandlung von F. G. Simon auf der Kreisstraße beschlagen. Hierbei wurde ihm die linke Hand fast vollständig zerschitten. Die Augenzeugen befanden, fehlten an der Einrichtung die gehörigen Schutzvorrichtungen. Auch fehlte das für einen solchen geschwollenen Betrieb gehörige Verbandszeug, so daß der Schwerverletzte höchst notwendig verbunden zum Arzt geführt werden mußte. Der Verletzte hat sich wiederum gezeigt, wie rüchlos unser Krankenhaus eingerichtet ist. Der Krankenhausarzt war umständlicher außer halb Nieserleben, so daß dem Verletzten, nachdem der Unfall 1/3 Uhr passirt, erst um 4 Uhr die erste ärztliche Hilfe zu teil wurde. Wäre ein städtischer Arzt im hiesigen Krankenhaus, so könnte derartige nicht geschehen! —

Calbe a. S., 24. März. (Achtung, Parteigenossen!) Am Samstag den 23. d. M. spricht Reichstagsabgeordneter H. Feus in der „Machetopel“ über das Thema „Die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahl“. Für starken Besuch dieser Versammlung zu agitieren ist Ehrenpflicht eines jeden Genossen. Die Bekanntmachung erfolgt durch Lauftettel am Donnerstag. —

Verfurt, 24. März. (Die Töchter) verlangten Neuerholung des Taxis, der Ende März abläuft. Die Weiber lehnten die Unterhandlung ab und wollten am 1. April die Gesellen entlassen. Letztere warteten sich an den Vorständen des Gewerbegerichts mit dem Wunsch, daß derselbe Einigungsverhandlungen anbahne. —

Gommern, 24. März. (Unfälle.) Mehrere Arbeiter im R. Schröder'schen Steinbruch (Dannigower Feldmark) wollten einen großen Steinblock die zu seiner Entladung erforderliche Lage geben. Die hierzu benutzte Kette glitt indes ab und unter den zurückliegenden Steinblock kam der Arbeiter E. Gartenleben-Gommern zu liegen. Dem Bedauernswerten wurde ein Fuß vollständig zerquetscht und er mußte sofort nach dem Magdeburger Krankenhaus überführt werden. — Einen bedauerlichen Unfall erlitt heute ferner die Tochter des Bedienten W. J. hier. Im Begriff, auf den Hof hinauszugehen, glitt sie aus und brach sich den linken Fuß. —

Halberstadt, 23. März. Wie machen die Genossinnen und Genossen darauf aufmerksam, daß das Material zur Verbreitung am Freitag und Sonnabend von 8 Uhr ab bei Max Bollmann in Empfang zu nehmen ist. Die Genossen haben dafür zu sorgen, daß sie ihre Mannschaften zusammen haben. Meldungen werden noch entgegen genommen. —

Halle, 24. März. (Ein tapferer Deutscher.) Wir brachten vor einigen Tagen Mitteilungen über das Verhalten einiger Polizeibeamten gleichzeitig mit unserm Bruderlatte. Diesem geht daraufhin mit dem Postknecht Halle folgendes Schreiben in offener abhüllender Handschrift und mit Blei geschrieben zu:

Berlin, 20. 3. 03.

In die Redaktion der Volkszeitung

Halle a. S.
Wenn Sie sich noch einmal unterziehen das Polizeimitatentat berühren und die in Betracht kommenden Beamten das stellen so können Sie Salunde Sie fertigert halten das Sie rüchlings niedergeschossen werden. Sie Redakteur sind und bleiben ein Vühler und Stänker.
Sind Sie vernünftig und lassen Sie die Sache ruhen und Sie erhalten auf sicherer Wege eine gute Belohnung. Sollten Sie aber noch weiter die Sage aufleben so daß die in Betracht kommenden Beamten vom Amte kommen, so können Sie Sie fertigert halten nächstens rüchlings niedergeschossen zu werden.
Ihr Freund der Polizeibeamten.

Der Polizeimeister von Halle kann auf diese Hilfe stolz sein.
Nordhausen, 24. März. (Die Maler) sind hier in eine Lohnbewegung eingetreten, nachdem die Meister die Verhandlungen mit den Gehilfen abgelehnt. —

Stendal, 24. März. (Der Drisarmerverband Stendal) hatte den Schlofer Förster, der Unterstützungspräsident an die Betriebskassenkasse der Firma Wegmann u. Co. zu Köthen dinstadl hatte, im Johanniter-Krankenhaus zu Stendal verpflegen und behandeln lassen. Er verlangte demnach von der genannten Kasse Kostenerlösch in Höhe von 144,35 Mark. Die Kasse wollte aber nur 133,05 Mark zahlen. Stendal klagte darauf beim Bezirksauschuss wegen der Differenz. Die Kasse machte u. a. gegen den Anspruch geltend, es käme hier in Betracht die Bestimmung ihres Statuts, wonach arbeitsfähige Mitglieder, die außerhalb eines Umkreises von 10 Kilometer erkrankt, den anderthalbfachen Betrag des Krankengeldes erhielten und damit zugleich für die Kosten der Heilbehandlung abgefunden seien. Der Bezirksauschuss zu Magdeburg wies dem Drisarmerverband mit seinem Wehranspruch ab.

Das Oberverwaltungsgericht als Revisionsinstanz hob jedoch dies Urteil auf, verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an den Bezirksauschuss zurück. Bezeichnend wurde ausgeführt: der Vorderichter habe verkannt, daß es nach dem Krankenversicherungsgezet nicht zulässig sei, Kranke nach verschiedenen Grundätzen zu behandeln, wie es die Kasse in ihrem Statut mache, indem sie zwischen solchen unterscheidet, die außerhalb eines gewissen Umkreises wohnen und solchen, bei denen dies nicht der Fall sei. Diese Unterscheidung wäre nicht zu berücksichtigen gewesen. Das Urteil wurde deshalb aufgehoben. In der Sache handelte es sich nur darum, wie viel der Armerverband liquidieren könne.

Es habe sich, daß er nur 1 Mark pro Tag für die Verpflegung im Johanniter-Krankenhaus bezahlt habe. Er berechne aber 1,25 Mark mit der Medicierung, faktisch koste ihm der Kranke 1,25 Mark für den Tag. Sie habe den Johanniter auf lange Jahre ein kostenloses Darlehen von 64 000 Mark für Erbauung des Krankenhauses gegeben und verpflichtet, das Gas für das Institut zum Selbstkostenpreise abzugeben. Die Johanniter-Hallen liquidiere deshalb von der Stadt für den Kranken nur 1 Mark. Die Stadt habe recht, wenn sie hier als Gegen von der Kasse mehr verlange als die eine Mark, da sie die Kosten zu tragen habe für die Aufwendungen, die sie durch Eingangs eines Kranke an die Johanniter auf sich genommen habe, so daß sie für den Kranken tatsächlich mehr leiste. Der Bezirksauschuss müsse nun erkennen, wo die Unterstützung nicht durch Vermittlung der Stadt erfolge. Entsprechend den Feststellungen sei dann die Verurteilung von Wegmann u. Co. zu verurteilen. —

Thale, 24. März. (Die öffentliche Volksversammlung) am Sonntag den 22. cr. in der die Genossin Frau Dr. Grad-

nauer referierte, war außerordentlich stark besucht. Nebenher verstand es besonders der Frauenfrage die interessante Seite abzugewinnen und ausgiebig zu erörtern. Die politische Gleichberechtigung der Frauen müsse energisch verlangt werden. Zum Schluß richtete die Referentin an die anwesenden Frauen die Aufforderung, sich zu organisieren und nach dem Genosse Schinkel auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die den Männern von den Frauen sehr oft im Parteileben bereit werden, empfahl er den Frauen das Lesen der Parteipresse und forderte zum Abonnement auf die „Gleichheit“ auf. Nach einem Hinweis auf den kommenden Wahlkampf wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen. —

Keine Nachrichten aus dem Lande. Sonntag entstand im Walde dicht hinter Waldrieden bei Mühlhausen ein Brand, dem ungefähr drei Morgen Waldbestand zum Opfer gefallen sind. — Der jüngere Kapitän Albert Arnold in Hohenmüllern hat sein etwa 16 000 Mark betragendes Vermögen der Stadt zu wohltätigen Zwecken vermacht. — In der Eisenbahnstation zu Westerbahn in der Festung von mehreren tausend Mark entdeckt worden. Gegen den Stationsvorsteher ist die strafrechtliche Untersuchung eingeleitet. — In Nordhausen erkrankte der Brennermeister Schward. — In Schönewalde war die unverschämte G. in den Verdacht geraten, ihr neugeborenes Kind getötet zu haben. Die eingeleitete Untersuchung hat ergeben, daß das Kind tot geboren ist. — In Heitfeld brannten am Sonntag die Werkstätte und die Lagerkammer des Korbmachermeyers Behmann ab. — In Bitterfeld wurde Montag früh die Leiche des Maurers W. aus Döben, dessen Frau seit Anfang Februar verschwunden ist und wahrscheinlich den Tod in der Walde gefunden hat. — Der Steinbrucharbeiter Schotte in Lötze wurde durch ein Sprengstück so schwer verletzt, daß er nach Hause getragen werden mußte. —

Bermischte Nachrichten.

Der Sultan von Marokko und die Weltausstellung. Auch der Sultan von Marokko hält es im Interesse seines Landes für geboten, sich an der Weltausstellung in St. Louis 1904 zu beteiligen, und hat die Summe von 400 000 Mark ausgezahlt, um die Ausstellungskosten zu decken. Trotz der Kriegszustände im Lande und der Unsicherheit der Straßen ist der nordamerikanische Botschafter Langermann von Tanger nach dem geehrt, hat den Sultan im Kriegslager aufgesucht und ihm die Einladung des Präsidenten Roosevelt übermittelte. Der Sultan nahm die Einladung sofort an, und der nordamerikanische Botschafter erhielt folgende offizielle Zusage: „Unser lieber und weiser, unser amerikanischer Gentleman, Herr James Langermann; wir wünschen, daß Sie sich stets wohl befinden und glücklich sind. Ich habe den heiligen Hof von dem Zweck Ihres Kommens und der Einladung des großen und geachteten Präsidenten der mächtigen amerikanischen Nation zur Beteiligung an der im Jahre 1904 unter Gottes Weistand in dem großen und lieben Lande Amerika stattfindenden Ausstellung unterrichtet. Mein Herr, der Kaiser, den Gott erhalten möge, antwortet, daß er diese Einladung annehmen und einen Kommissar ernennen wird, welcher ihn unter Gottes Weistand auf der genannten Ausstellung vertreten wird. Und so beendige ich diese Epistel an diesem 16. Tage im Monde Ramadan, 1320. Abdelkrim Ben Schiman, Großvezier für auswärtige Angelegenheiten am Hofe von S. M. dem Kaiser von Marokko.“ — Eine schwingende Rede wurde dann dem Sultan von Marokko nicht abgesprochen. —

Hänfeln ist ein allgemein gebräuchlicher Ausdruck, von dem viele, die ihn gebrauchen, nicht wissen, daß er von Hanja abgeleitet ist. Die im Jahre 1743 erschienene „Vollständige Geographie“ Johana Häbners berichtet nach der „Königlichen Zeitung“ über den Ursprung des Hänfeln! Als der Hanseatische Bund im Nord sich befand, war Bergen nicht nur ein vornehmtes Mitglied dieser Handelskompanie, sondern kam als viertes großes Kontor in solche Hochachtung, daß fast niemand ein reichhaltiger Kaufmann sein konnte, der nicht dort seine Lehrjahre angelebten hatte. Als aber der Zulauf aus allen Ländern gar zu groß ward, so führten die dort eingewanderten Kaufleute ein Noviziat ein, welches ganze acht Jahre währte und so grausame Bräuche hatte, daß man dergleichen in keinem heidnischen Eribenten findet. Derselben bestanden in einem dreiwöchigen Spiele.

Der Anfang machte das sogenannte Wasserspiel; der Novize mußte sich ausziehen und ward dreimal unter einem Schiff durchgezogen und dann von vier starken Kerlen mit Klauen gestrichen. Dann folgte das Handspiel; da ward der junge Kaufmann in einen Schornstein gedrungen, wohl zehn Minuten lang und ward unter ihm ein Feuer von Haaren, Fischgräten und andern stinkenden Materien gemacht, so daß er oft halb tot herunterkam. War dies kurzweil vorbei, so folgte das Stuppenpiel; da zeigte der vier vermunnte Gesellen in Wöckschabit, mit Spiel in der Hand, die peitschten den Armen so lange, bis das Blut kam, und dabei wurde mit Pausen und Trampeln solcher Lärm vollführt, daß man das erbärmliche Gebrüll nicht hörte.

Viele nun blieben davon, weil sie solche Marter nicht aushalten konnten; wer aber durchkam, ward von einem reichen Hanseatischen Kaufmann erklärt, und man nannte diese Prüfung das „Hänfeln“. Als aber die Hanseatische Bund miniert ward, so hatte auch dieses barbarische Marrenspiel ein Ende. Man rechnet es als häufig unter die kümmerlichen Sünden, welche die Hanseaten gerecht haben, daß er den Fluch auf das Hanseatische Commerceium gelegt. Nachher hat man zwar sowohl in Bergen als anderswo die Gewohnheit behalten, daß sich die jungen Kaufleute haben müssen „hänfeln“ lassen, ehe sie für voll angesehen wurden, welches aber mehr Redereien sind und mit jenen unchristlichen Marrenspielen in keine Vergleichung kommt. —

Literarisches.

(Eingegangene Druckschriften. Besprechung einzelner Werke vorbehalten.)

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist heute das 25. Heft des 21. Jahrgangs erschienen. —

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß Verlag) ist heute das 13. Jahrgangszugegangen. —

Die soeben erschienene Nr. 52 des „Simplicissimus“ enthält folgende Zeichnungen: „Nabel und Babel“ von Th. Th. Feine, „Das Unerforschliche“ in sechs kleinen Tafeln von O. Gutbranson usw. —

Ausführliches Grammatik-orthographisches Nachschlagewerk der deutschen Sprache mit Einschluß der gebräuchlichsten Fremdwörter und Angabe der schwierigeren Silbentrennungen sowie einer besonderen Zeichnung des geschichtlichen und geographischen Eigennamen (mit Aussprache). Nach der neuesten, für Deutschland, Österreich und der Schweiz geltenden Orthographie. Von Dr. H. Vogel. 33.—50. Tausend. 524 Seiten H. Ver.-Format. Preis elegant geb. 2,80 Mark. Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung (Prof. G. Langenscheidt), Berlin SW. 11.

Eingefandt.

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Man schreibt uns mit der Bitte um Veröffentlichung:

Großstadt-Pflaster.

Der Alte Markt, zweifellos einer der belebtesten Teile der Stadt, besieht, wie jedem wohl bekannt sein dürfte, ein Pflaster, das der Großstadt Magdeburg vollständig unwürdig ist; ein Grund dafür ist mir nicht ersichtlich. Ständig sind Tausende, die vom Breitenweg über den Jakobstraße her über den Platz gehen wollen und denen es die Zeit nicht erlaubt, auf dem asphaltierten Fußsteig einen immerhin beträchtlichen Umweg zu machen, zur Pflasterung dieses häßlichen Pflasters gezwungen. Niemand wird leugnen können, daß eine Aenderung der fraglichen Verhältnisse unbedingt notwendig ist; meiner Ansicht nach müßte es jedoch schon genügen, wenn vom Eingang des Alten Marktes zur Jakobstraße, also von einer Ecke zur andern, ein Fußgängerweg mit Asphaltpflaster angelegt würde.

Der Magistrat wird hiermit höflich gebeten, diesen Vorschlag nicht bald in Erwägung zu ziehen. —

Bereine und Versammlungen.

Oeffentliche Frauenversammlung.

Am Dienstag abend fand im großen Saale des „Dreifächerbundes“ eine öffentliche Frauen-Versammlung statt, in welcher Frau Dr. Gradnauer über das Thema „Die Frauen und die soziale Gesetzgebung“ sprach. Rednerin entwickelte den Veranlassungen, welche zahlreich erschienen waren, ein lautes Wille über die soziale Entwicklung der Volkstämme. An der Hand reichlichen Materials griff sie weit zurück in die Zeiten, wo die Ehe, Handwerk, Hausarbeit, Industrie usw. noch ganz anders aussahen wie heute, und schilderte den ganzen Entwicklungsengang der Menschen mit ihren Gewohnheiten. Die Rednerin verstand die verschiedenartigen Einstellungen, welche abwechselnd die Männer und die Frauen in den verschiedenen Zeitaltern einnahmen, vom sozialen Standpunkt aus zu beleuchten und die Schliche daraus zu ziehen.

Die Rednerin legte meiner Wert darauf, die Tätigkeit der Frau speziell zu schildern; sie wies nach, wie die Frau jederzeit die Unterdrückte gewesen ist, und neben der Hauswirtschaft und der Wartung ihrer Kinder noch die Hausarbeiten auf sich nehmen mußte.

Ferner kam die Referentin auf die Kinderarbeit, Kinderbeschäftigung und Hausindustrie zu sprechen, und führte hierbei bezeichnende Zahlen an. Auf Grund der kapitalistischen Wirtschaftsweise mußte sie die Unterdrückung des Proletariats und die hierdurch entstehenden Krankheiten nachweisen. Die Referentin wies ferner die Notwendigkeit, die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Fabriken, die für eine Unterdrückung der Gewerkschaften, Vermehrung der Krankheiten und Ermüdung von Arbeiterinnen. Sie zeigte, daß noch so gut wie nichts für die Frauen der Arbeiterklasse getan wird und forderte die Frauen auf, sich selbst zu helfen.

Durch ihre Hilfe am Kampfe gegen die Macht, die den Frauen jedes Staatsbürgerrecht verweigert, würden sie den Männern und somit auch sich selbst zu gleichem Siege verhelfen.

An der Diskussion nach diesem vorzüglichen Vortrag beteiligten sich eifrigstestens auch eine Anzahl Frauen, aus

deren Ausführungen man deutlich erfaß, daß ihnen ernstlich etwas daran lag, sich endlich am Kampfe gegen den Kapitalismus zu beteiligen und sich hier in Magdeburg, wie es schon in vielen andern Orten geschehen ist, eine Organisation der Frauen zu schaffen.

Zu diesem Zwecke wurde unter Punkt 2 der Tagesordnung Genossin Marie Pannice zur Vertrauensperson für Magdeburg gewählt. Zur Entgegennahme von Beschwerden aus den Fabriken wurden die Genossinnen Böhning und Koppelt gewählt.

Zum Schluß wurde noch bekannt gegeben, daß in nächster Zeit ein Frauen-Verein gegründet werden wird, der die Aufgabe haben soll, für das nötige Wissen zu sorgen, welches die Frau auch auf andern Gebieten als der Politik haben muß. Das Schlußwort bekam nochmals Genossin Dr. Gradnauer zu einer zündenden Ansprache.

Wir wollen hoffen, daß dieser — wir können wohl sagen gelungene — Anfang ein Ansporn sein möge für die fernere so wichtige und ernste Tätigkeit innerhalb der Sozialdemokratie. —

Schneider und Schneiderinnen.

In einer von Schneiderinnen und Schneiderinnen gut besuchten öffentlichen Versammlung sprach am Montag im „Bürgerhaus“ Frau E. Hiede-Verlin über „Frauenarbeit und Frauenorganisation“. Die Ausführungen der Rednerin gipfelten in der Forderung, die alle organisierten Frauen stellen sollten: „Gleiche Arbeit, gleiche Bezahlung!“ Würde dieses erreicht, dann sei auch der ungeliebten Weiterverbreitung der Frauenarbeit ein Riegel vorgeschoben.

Holl. Gest. beleuchtete hierauf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Firma Kannheimer, die sich mit den Tarifbestimmungen nicht im Einklang befinden. Hier würden die schlechtesten Löhne von allen Schneidergeschäften in Magdeburg gezahlt. Beispielsweise zahlt die Firma für Sacco 4—6 Mark, der Tarif 3. Klasse jetzt 9 Mark. Für eine Gasse, die tariflich mit 8—3,50 Mark bezahlt werden soll, erhält ein Arbeiter 1,75 Mark. Für eine Weste, die in allen übrigen Geschäften mit 3 Mark bezahlt wird, gibt es hier nur 1,50 Mark. Wird ein Stück nicht pünktlich abgeliefert, dann erhält der Arbeiter — laut Lohngeleit — nur die Hälfte des ohnehin minimalen Preises. Rednerin wünscht, daß hier nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Innung alles daran setzen müsse, um die Schmachtkonkurrenz aus der Welt zu schaffen. Man werde versuchen, die Firma zur Zahlung und Anerkennung des Lohnarbeits zu bewegen. Die nötigen Schritte hierzu sollen in den nächsten Tagen unternommen werden. —

Schuhmacher.

Am Montag den 22. d. M. fand im „Bürgerhaus“ die regelmäßige Mitglieder-Versammlung des Vereins Deutscher Schuhmacher. Zahlreiche Versammlung, fast der Gewerkschaftsleiter Genosse Seimst hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Der Kampf ums Dasein“. Der Referent wies in seinem Vortrage nach, daß je besser sich die Lage der Arbeiter gestalte, um so mehr zwingender sie der menschlichen Gesellschaft seien. Das Unternehmertum verjage trotzdem Preis und Löhne, die Arbeiter immer mehr zu knebeln und tiefer herabzudrücken. Zum Schluß forderte der Referent die Schuhmacher auf, in der Lohnbewegung fest zusammen zu stehen, damit der schlechte Lohn etwas aufgebessert werde.

Nachdem unter Vorsitzens des über die Lohnbewegung noch des weiteren diskutiert, auf die am 28. März im „Dreifächerbund“ stattfindende Versammlung hingewiesen und zur lebhaftesten Agitation sowie zahlreichem Beifall aufgefordert, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Wie aus dem Referatenteil der heutigen Nummer ersichtlich findet am Donnerstag den 26. d. M. im „Dreifächerbund“, Große Saalstr. 7, eine Versammlung der Schuhmacher statt. In dieser Versammlung soll endgültig beschlossen werden, ob am Sonnabend den 28. März die Schuhmacher Magdeburgs überall dort, wo nichts bewilligt ist, die Arbeit niedergelegt werden, oder ob der von der Innung ausgesprochene Lohnstreik für die Schuhmacher Magdeburgs maßgebend sein soll. —

Vereins-Kalender.

Verein Deutscher Schuhmacher. Die Fachschule findet Mittwoch den 25. März im „Bürgerhaus“ statt. — 435
M.F.V. Verein Magdeburg, Abt. „Stern“, Sudeburg. Jeden Donnerstag Saalstr. u. Zusammenl. i. d. „Herbst. Birk.“

Briefkasten.

Sch., Stendal. Ein 10 Pf.-Brief darf nur 20 Gramm wiegen. Ihr letzter Brief kostete uns daher 20 Pf. Strafpfand.
W. Staßfurt. Können Sie die fraglichen Termine uns nicht schriftlich angeben? Scheint hier übersehen zu sein. —

Marktberichte.

Magdeburg, 24. März. (Nützliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen englischer Sommer-unverändert, gut 149—151, mittel 144—146, gering bis 134, do. Kolben-Sommer-gut 162—165, do. Rauß-gut 141—142, mittel 138—140, gering bis 132, do. ausländischer gut 170—174. — Roggen inländ., unverändert, gut 134 bis 136, mittel 131—133, gering bis 128, do. ausländischer gut 142—144, — Gerste hiesige Gebälter, unverändert, gut 162—165, mittel 145 bis 150, gering 128—133, Landgerste, gut 144—150, mittel 138—142, gering 126—132, ausländische Futtergerste, gut 122—123. — Hafer, inländ., unverändert, gut 142—145, mittel 139—140, gering bis 125. — Mais, runder, still, gut 136—138, amerikanischer bunter, mittel 123. — Erbsen, hiesige Victorias, unverändert, gut 180—190, mittel 165—170, do. grüne Folger gut 210—222, mittel 200. —

Viehmarkt.

Magdeburg, 24. März. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.) Auftrieb 180 Rinder, 223 Kälber, 91 Schafvieh etc., 890 Schweine. Verkauf für 100 Pfd. Lebendgewicht: Ochsen: a) vollfleischige 35—37 Mark, b) junge fleischige und ältere ausgemästete 33—34 Mark, c) mäßig genährte junge und ältere 30—32 Mark, d) gering genährte jeden Alters 27—29 Mark. Bullen: a) vollfleischige, ausgemästete bis zu 5 Jahren 34—36 Mark, b) vollfleischige jüngere 32—33 Mark, c) mäßig genährte jüngere und ältere 29—31 Mark, d) gering genährte jüngere und ältere 26—28 Mark. Färjen und Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färjen höchsten Schlachtwertes — 21 Mark, b) vollfleischige Kühe bis zu 7 Jahren 28—31 Mark, c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färjen 25—27 Mark, d) mäßig genährte Kühe und Färjen 23—25 Mark, e) gering genährte Kühe und Färjen 18—21 Mark. Kälber: a) feinste Maß- 48—52 Mark, b) mittlere 38—45 Mark, c) geringe Saugkälber 30—37 Mark, d) ältere, gering genährte (Fresser) — 21 Mark, e) ältere Maßhammel 29—32 Mark, c) mäßig genährte 26—28 Mark. Schweine: a) vollfleischige 53 Mark, b) fleischige 51—52 Mark, c) gering entwickelte 49—50 Mark, d) Sauen und Eber 40 bis 50 Mark bei 40—50 Pfund Tara das Stück, schwere Schweine mit höherer Tara, Sauen und Eber mit 20 Prozent Tara. Verkauf und Tendenz: langsam. Ueberstand: 40 Rinder, 30 Schafe, 20 Schweine. —

Wasserstände.

Ort	22. März	23. März	24. März	25. März
Parubitz	+ 0.23	+ 0.20	0.03	—
Brandis	+ 0.46	+ 0.42	0.04	—
Melmit	+ 0.13	+ 0.12	0.01	—
Veitmeritz	+ 0.07	+ 0.07	—	—
Kuhig	+ 0.47	+ 0.43	0.04	—
Dresden	- 1.01	- 1.00	—	0.01
Torgau	+ 1.10	+ 1.12	—	0.02
Wittenberg	+ 1.85	+ 1.87	—	0.02
Kospau	+ 1.20	+ 1.19	0.01	—
Parby	+ 1.51	+ 1.49	0.02	—
Schönebeck	+ 1.29	+ 1.26	0.03	—
Magdeburg	+ 1.35	+ 1.35	0.01	—
Langensalze	+ 2.12	+ 2.11	0.01	—
Bitterberge	+ 1.08	+ 1.05	0.03	—
Dmitz, Pegel	+ 1.48	+ 1.39	0.09	—
Quandburg	+ 1.59	+ 1.54	0.05	—

1 Bettstühle
1 Matratze
mit Krill
1 Kleiderständer
1 Tisch
2 Stühle
Anzahlung
10.00
Abzahlung
wöchentlich 1.00 RM.

Schul-Zornister

empfehl die

Buchhandlung Volksstimme.

S. Osswald
Magdeburg
Witzlichstr. 14
1. Etage.

Preis für Emaille
einmal Jahresbes: 1 Rahmen mit
Gehst. 3.50 RM. 2 Rahmen, Rahmen
1.50 RM. 2634

Landkarten 4.50 RM.
Reisebücher 3.00 RM.
Fahrkartenbücher 1.00 RM.
Gefäßwerke 1.50 RM.

Staubesamt.
Regierung, 23. März.
Angebot: Fühler
Angebot: Fühler
Angebot: Fühler

Angebot: Fühler
Angebot: Fühler
Angebot: Fühler

Direkt. Alarmkloster
Kloster
Kloster

L. Nieber
Große Mühlstraße 9.

Pflanzenmus
Angebot: Fühler
Angebot: Fühler

Gustav Köhler
Leipzigerstr. 14.
Schüler von 5—1 und 2—5 Uhr.

Zur Probe!
Angebot: Fühler
Angebot: Fühler

Fernersleben.
Angebot: Fühler
Angebot: Fühler

Staubesamt.
Angebot: Fühler
Angebot: Fühler

Staubesamt.
Angebot: Fühler
Angebot: Fühler

Neustadt, 24. März.
Angebot: Fühler
Angebot: Fühler

Burg, 23. März.
Angebot: Fühler
Angebot: Fühler

Halberstadt.
Angebot: Fühler
Angebot: Fühler

Stauffert.
Angebot: Fühler
Angebot: Fühler

Stauffert.
Angebot: Fühler
Angebot: Fühler

Stauffert.
Angebot: Fühler
Angebot: Fühler

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 24. März 1903.

— Zur Kohlebewegung der Schneider. Die Differenzen bei der Firma Seyffarth in Bucha sind beigelegt. Dort wird von jetzt ab der Tarif in vollem Umfang bezahlt. Zu dem Versammlungsbericht ist nachzutragen, daß Küchenbäcker nicht entlassen, sondern seit dem 11. November hat aussetzen müssen.

— Eine Versammlung der städtischen Arbeiter findet am Sonntag vormittag 11 Uhr in der „Bürgerhalle“ statt.

— Von der Fabrik Langensiepen. Obgleich vor längerer Zeit eine Sammelliste zu einem Hochzeitsgeschenk für die Tochter des „Hauses Langensiepen“ auf Veranlassung des Chefs vernichtet wurde, das gleiche Schicksal auch kürzlich eine Sammelliste für ein Geschenk zum Jubiläum des ersten Beamten fand, hat sich nun doch noch einmal ein Schlosser Paul Böhme, Mitglied des Gewerbevereins H.-D. bereit gefunden, eine Sammelliste zu Gunsten des letztgenannten Beamten zu inszenieren. Daß auch diese Liste denselben Weg nehmen wird, muß dem Genannten klar sein. Der Zweck kann ja auch nur der sein, sich auf solche Weise in ein gutes Licht bei seinen Vorgesetzten zu rücken. Wir glauben allerdings, daß ein Arbeiter sich durch saubere Arbeit, soweit dies nach der jeweiligen Bezahlung möglich ist und durch ein anständiges, gestiftetes Benehmen Achtung und Respekt verschaffen soll. Mit diesen Eigenschaften muß es bei dem Genannten dann wohl nicht zum besten beschaffen sein, sonst brauchte er nicht zu Mitteln zu greifen, von denen er weiß, daß er sich damit in Gegensatz zu der großen Mehrheit seiner Mitarbeiter setzt. Es ist nicht unsere Schuld, wenn wir solche Verhältnisse kritisieren müssen. Fühlt sich Herr Nemez verletzt, dann mag er sich bei solchen Leuten wie Böhme ist, dafür bedanken.

— Eine unglaubliche Geschäftserklärung erlauben sich die „Neuesten Nachrichten“. Der Annoncen-Aquintiseur des Blattes, Herr Grünberg, erzählt nämlich in zahlreichen Geschäften, der Polizeipräsident habe sich bei Herrn Stein wegen der Mißgriffe gegen das monarchische Blatt entschuldigt und der Kommissar Sommermann sei als angeblich Schuldiger zur Disposition gestellt.

— Soziale Fürsorge. Unter Zustimmung der Wohnungskommission ist seitens des hiesigen Magistrats beschlossen worden, bei der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt weitere 200 000 Mark zu Darlehen auf Häuser mit Arbeiterwohnungen zu erbitten. Vom Magistrat ist ein Gelände von circa 26 Morgen, welches südlich von der Krankenanstalt Sadenburg liegt, hierzu auszuweisen.

— Das Vorkenhauschen, auch Selbstmörderhalle genannt, das bisher auf der Notehornspitze stand, ist bereits beiseite, um den Platz durch Erhöhung für das zu errichtende Denkmal für den Gartendirektor Niemeyer herzurichten.

— Dem Herrenhause hat der Geheime Baurat Noebius in Magdeburg ein Gesuch um gesetzgeberische Maßnahmen behufs Erhaltung von Bauwerken beziehungsweise Baudenkmalen geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung und behufs Wahrung baulichen Charakters einzelner Stadteile bei Neubauten eingereicht. Eine ganze Reihe von Geschichts- und Altertumsvereinen hat sich dem Gesuch angeschlossen. — Daß die Vereinten sich gerade an das Herrenhaus, diese sinnloseste aller Institutionen, wenden, zeugt nicht gerade von Weisheit. Das geistige Niveau ist ein so niedriges, daß wir uns gerade mit wissenschaftlichen und künstlerischen Fragen am allerwenigsten an das Parlament von Sportsleuten und Krantjunkern wenden würden, in dem einige Bürgermeister und Professoren nur als Schaustücke geduldet werden.

— Vom Zentralbahnhof. Wie die „M. Z.“ mitteilt, ist das Gerücht, daß zum 1. April an der Nordseite unseres Eisenbahnhauptgebäudes, an der Wilhelmstraße, wieder einige Fahrkartenschalter geöffnet werden würden, nicht zutreffend. Um alle dahingehenden Wünsche mit einem Schlage aus der Welt zu schaffen, wird weiter gesagt, daß die Eisenbahnverwaltung gar nicht daran denkt, die genannten Schalter wieder zu öffnen. Das letztere scheint auch das wahrscheinlichere zu sein. Bevor die Eisenbahnverwaltung einen neuen Beamten einstellt, läßt sie lieber jahrelang Beschwerden über sich ergehen.

— Verhinderte Entgleisung. Am Montag abend nach 6 Uhr bemerkte der Lokomotivführer des um diese Zeit auf Bahnhof Neustadt von Berlin aus eintreffenden Personenzuges, daß mehrere hundert Meter vor der Station halbe Mauersteine auf dem andern Gleise auf den Schienen lagen. Um den um diese Zeit von Magdeburg abgehenden Schnellzug zu warnen, fuhr der Personenzug demselben mit Vollampf entgegen. Durch die vom Führer des Personenzuges gegebenen Haltsignale gelang es, den Schnellzug, dessen Entgleisung durch die auf den Schienen lagernden Steine früher herbeigeführt worden wäre, zum Stehen zu bringen. Nach Beseitigung des Hindernisses fuhr der Zug mit einigen Minuten Verspätung weiter. Wie verlautet sollen Kinder, die auf dem Dammbahnhof spielten, die Steine dorthin gebracht haben.

— Selbstmord. Die unberechnliche Arbeiterin Emma S., aus Mey gebürtig, die am Montag abend 8 Uhr von der Königsbrücke sprang, ist nicht, wie wir gestern mitteilten, gerettet, sondern ertrunken. Den Schiffern, die zur Rettung herbeieilten, war es nicht möglich, die Unglückliche in der Dunkelheit zu erfassen. Die Leiche ist noch nicht gefunden.

— Schon wieder ein Soldaten-Selbstmord. Am Dienstag abend zwischen 9 und 10 Uhr fand ein Selbstmörder der Magdeburg-Verliner Bahn, zwischen der Herrenkrugbrücke und dem Wiedertiger Busch, auf dem Bahndamm die kopflose Leiche eines Soldaten von der 11. Kompanie des 66. Infanterie-Regiments. Der Kopf lag ein Stück davon und war durch Abstreifen glatt gerollt. Auf die erste Meldung fand heute früh eine Besichtigung der Unglücksstelle statt. Die vielen Soldaten-Selbstmorde erzeugen nachgerade im Publikum eine Beunruhigung.

Unsre Jugend. Die vorbestrafte Schulknaben Ferdinand Zinke, geboren 1888, Otto Wiemann, geboren 1880, zu Leopoldsdorf, und Karl Altsleben, geboren 1890, haben gemeinschaftlich Diebstahl ausgeführt. Die Kammer erkannte wegen schweren Diebstahls gegen Zinke, der sich im wiederholten Rückfalle befindet, auf 2 Monate, gegen Wiemann auf 3 Tage Gefängnis. Altsleben wurde freigesprochen.

Zwei Barbaren. Der Zimmerer Albin Straupe, geboren 1876, und dessen Ehefrau Lina geb. Kühne, geboren 1879, zu Stahfurt, hatten einen Sohn, der am 8. Juni 1902 im Alter von 1 1/2 Jahren gestorben ist. Bis zum März, also drei Monate vor dem Tode, wurde das Kind von einer Tante erzogen. Etwas schwächlich, aber gesund und lebensfroh, kam es wieder zu den Eltern. Dann aber begann sofort seine Leidenszeit. Es haben Hausgenossen täglich gehört und gesehen, daß die Eltern das Kind in unheimlich roher Weise mißhandelt haben, so daß es am ganzen Körper dunkelblaue Flecke hatte. Die Mutter ließ es mit der Faust gegen den Kopf und äußerte, mit den Händen schlage sie nicht mehr, nur noch mit dem Pantoffel. Das Kind mußte meistens auf der bloßen Diele schlafen und hatte als Unterlage nur einen alten Rod. Als es abends um 11 Uhr gestorben war, lag es auch auf der Diele. Die Mutter erzählte einer Hausgenossin, die herbeigerufen wurde, es sei aus dem Bette gefallen und davon gestorben. Kurz vorher hatte es aber noch heftige Schläge bekommen und laut gejammert. Auch des Nachts bekam das Kind häufig Schläge von dem Vater mit einem Lineal, daß es klammerte. Als sich die Hausgenossen darüber aufhielten und der Mutter Vorwürfe machten, erwiderte sie, sie habe keine Liebe zu dem Kinde; das komme daher, weil ihr Mann ihr andres augerechtes Kind nicht beachte. Die Eheleute Straupe hatten sich heute wegen gefährlicher Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung zu verantworten. Sie entschuldigten sich damit, das Kind sei unartig gewesen; sie hätten es zur Reinlichkeit erziehen wollen. Es sei mit Krämpfen behaftet gewesen. Nach dem Gutachten des Kreisarztes hatte das Kind Wutungen im Gehirn, die zum Teil schon bei Lebzeiten infolge von Mißhandlungen entstanden waren. Auch die Krämpfe rührten von Mißhandlungen her, die als lebensgefährlich zu betrachten waren. Der Staatsanwalt Zürgens beantragte, die Angeklagten mit je 9 Monaten Gefängnis zu bestrafen. Die Kammer erkannte aber gegen Straupe auf 1 Jahr 6 Monate, gegen seine Frau auf 1 Jahr Gefängnis. Der Chemann wurde sofort verhaftet.

Ein Unberücksichtiger. Der diesmal bestrafte Modellstecher Emil Fischer aus Weimar, geboren 1871, erhielt wegen Diebstahls und Rückfalldiebstahls 1 Jahr 1 Monat Zuchthaus, 150 Mark Geldstrafe evtl. weitere 10 Tage Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust.

Ein Unhold. In nichtöffentlicher Sitzung wurde der Knocht Karl Landau zu Parchau, geboren 1884, wegen Sittlichkeitsverbrechens zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein Schwindler. Der Schmiedegeselle Gustav Aistermann aus Schadenhal, geboren 1877, erhielt wegen verbrechener Schwindelacten 4 Monate Gefängnis.

Das Blumenmedium vor Gericht.

Am Dienstag wird in dem Prozeß gegen Anna Nothe in der Beweisaufnahme fortgefahren. Frau Solbrich hat zwei Sitzungen mitgemacht. In der ersten hat, wie sie beklundet, die Angeklagte den Geist ihres Schwagers, des Kommerzienrats Noefeler aus Chemnitz zitiert. Dieser hat durch ihren Mund mitgeteilt, daß er sich in der tiefsten Eisregion befinde und es ihm fürchterlich schlecht gehe. Er möchte alles gut machen, was er verschuldet habe. Er bitte Frau Solbrich, nach Chemnitz zu seiner Frau zu gehen und seine Frau mit ihm auszuheilen. Ob in jener Sitzung auch Apporte waren, wisse sie nicht, denn sie habe ganz unten am Tische gesehen. Am obersten Ende saß die Aristokratie, eine Fürstin Karajaká, eine Gräfin Rolke u. Die Tatsache, daß die Angeklagte aus Chemnitz stammt, ermöglicht, wie die Zeugin auf Befragen des Vorsitzenden angibt, eine Erklärung dafür, daß die Angeklagte gerufen hat, daß die Zeugin eine Schwägerin des Kommerzienrats Noefeler ist und zwischen den Familien Differenzen obwalteten. (Sehr bezeichnend ist, daß die „hochgebildeten“ Damen der großen Aristokratie den spiritistischen Humbug mitgemacht haben!)

Bäckermeister Wilhelm Große hat an einer Sitzung teilgenommen, für die er für sich und seine Frau 10 Mark bezahlt hat. Er hat auch bei sich selbst eine Sitzung abgehalten, zu der er die Nothe und den Feinich aus Chemnitz hat kommen lassen. Die Nothe hat hierfür 140 Mark erhalten. In der ersten Sitzung habe der Reformator Zwingli und das kleine „Friedchen“ gesprochen, in der zweiten Sitzung habe ein alter Schweizer, ein alter Landstreich eine Rede über Recht und Unrecht in der Welt gehalten.

Es folgt die Verlesung einer größeren Reihe von Aussagen solcher Zeugen, die auswärts wohnen und kommissariisch vernommen worden sind. Ein Zeuge Thoron hat dabei über eine Sitzung ausgesagt, an der auch Hofprediger a. D. Eröder und Generalleutnant z. D. v. Rastrow teilgenommen haben. Die Sitzung habe in der Wohnung des Rechtsanwalts Lehmlüter in Charlottenburg stattgefunden und sei ganz unentgeltlich gewesen.

Eine Zeugin in Breslau hat eine eingehende Schilderung von materialistischen Sitzungen gegeben, bei welchen die Geister körperlich erschienen seien. Es seien 15 Geister in den verschiedensten Größen erschienen, sie seien alle weiß gekleidet gewesen und leuchteten, auch verbreiteten sie einen Phosphorgeruch. — Die Sitzung wurde auf Mittwoch verlagt.

Kleine Chronik.

Vom „Naturmenschen“ Nagel und seiner Braut.

Eine neue Nagel-Meta ist mit der Rückkehr des vielgenannten Naturmenschen Gustav Nagel aus Konstantinopel in seine Heimat angebrochen, denn Nagel bildet abermals in weiten Kreisen das Tagesgespräch, da er sich vor einigen Tagen mit dem Jeremias, das unter „Naturmenschen“ üblich ist, in aller Form mit einer aus Konstantinopel mitgebrachten „Kürkin“ verlobt hat. Die glückliche Braut des nach wie vor fast adamitisch lustwandelsüchtigen Naturmenschen

heißt Meta Kornhäuser und ist etwa 28 Jahre alt; sie ist in Wien geboren, war aber in einem konstantinopeler Unterrichts-Institut verschiedene Jahre als Lehrerin tätig; Fez und Kasan trägt sie auch in Arendsee.

Das Paar erregt lebhaftes Interesse um, es ist kein Zweifel, das am großen Arendsee überaus idyllisch gelegene Landstädtchen Arendsee wird durch den Naturmenschen berührt, da sich Polizei und Stadtverwaltung von Arendsee nach langem Schwanken entschlossen haben, Nagel in Arendsee zu lassen, die Stadtverwaltung hat ihm sogar gestern ein 30 Morgen großes Stück Land in den städtischen Anlagen zum Bau eines „Nagelheims“ unentgeltlich angewiesen, welches nahe der königlichen Forst zu liegen kommt. Die Hochzeit des Nagel mit seiner Braut, die übrigens seit ihrem sechsten Lebensjahr Vegetarierin ist, wird ohne Pracht zu einem Ereignis ersten Ranges; das Städtchen wird die „Hochzeitsgäste“ wohl kaum fassen können. Am letzten Sonntag schon war das Städtchen Arendsee der Zielpunkt Tausender von Menschen, die Nagel und seine Braut sehen wollten. Stürmisch wurde in einem Saale der Stadt das Erscheinen der Brautleute verlangt, denen schließlich nichts weiter übrig blieb, als hinzugehen und „vor dem Volke zu sprechen“.

Für nächsten Sonntag wurde denn auch von Fraulein Kornhäuser, die übrigens viel Bildung, Nebertalent und Lebensart besitzt, ein großer Vortrag angekündigt. Die Braut Nagels macht keinen unangenehmen Eindruck; sie erzählt, daß sie im Kloster Notre Dame in Wien erzogen worden sei; gegen die Zummurung, Nonne zu werden, sträubte sie sich ganz entschieden, griff zum Wanderstabe und wanderte nach Indien und Afrika mit einem Naturforscher, ihrem Onkel. Fraulein Kornhäuser schwärmt für Nagel, ihren Bräutigam, sie liebt ihn über alle Maßen.

Erdbeben in England.

An verschiedenen Orten Englands wurden gestern, wie uns telegraphisch wird, Erdberschütterungen wahrgenommen. In Seef (Staffordshire), wo zwei Erdstöße verspürt wurden, liefen die Bewohner aus den Häusern auf die Straße. In Alfreton (Derbyshire) traten drei Stöße auf; dabei wurden in einigen Häusern die Geräte zerbrochen, Schornsteine fielen um; die Telefonverbindung ist gestört. In Ashbourne (Grafenschaft Derby) ist durch eine starke Erdberschütterung ein Schornstein abgestürzt. Der angerichtete Schaden ist jedoch nirgends bedeutend.

Kleine Tageschronik. Der Selbstmord der Schauspielerin Miji Weiß vom königlichen Schauspielhaus in Potsdam hat dem Schauspiel Albert Köhler Veranlassung gegeben, Potsdam zu verlassen. Es wurde bald bekannt, daß dieser jugendliche Liebhaber sich an dem jungen 18-jährigen Mädchen vergangen hat, so daß es aus Verzweiflung über die Folgen seines Fehlritzes den Tod gesucht hat. Der Nimbus des jungen Schauspielers, der die Schamkammer aller Mädchen und auch einiger Frauen war, ist daher im Umfassen geschwunden. Er hat sich nach Darmstadt gewandt, um dort zunächst sein Jahr abzudienen. Als er kürzlich sein Benefiz hatte, wurde ihm mit Bezug auf seine bevorstehende Militärzeit ein Franz mit einem Gewehr überreicht. Eine Schöneberger Milizionärin übermittelte ihm damals ein ansehnliches Geldgeschenk. — Bei einer Feuersbrunst in Wilhelmshurg brannten neun Häuser ab, wobei 51 Stück Hindvieh umkamen. — In Billwärdener brannten gleichzeitig mittags drei Häuser ab. — Vor dem Altköniger Landgericht begann gestern die Verhandlung über die „Primus“-Katastrophe gegen die beiden Kapitäne Peters und Gachs. — In Rüditz (Niederlausitz) brach Großfeuer aus. Infolge des starken Nordwestwindes wurden etwa 30 Gehöfte mit ungefähr 80 Gebäuden eingeschmiedet. Viele Familien kampieren im Freien. — Ein größliches Unglück ereignete sich im Mannheimer Vorort Märlthal. Der Schmied Hemberger wurde beim Räumen einer Dammgrube infolge Einwirkung von Stroh- und Sägen ohnmächtig und fiel in die Grube. Drei zu Hilfe eilende Kollegen, davon zwei Schwäger Hembergers, fielen gleichfalls herab und wurden als Leichen herausgezogen. — Von dem am Sonntag an der Reiterstraße verunglückten jungen Mann sind zwei Tot und der dritte schwer verletzt aufgefunden worden. — In mehreren Ortschaften Englands wurden gestern starke Erdberschütterungen wahrgenommen. Eine Gesellschaft russischer Studenten der Universität Bern, die sich gegenwärtig in Lugano aufhält, machte einen Ausflug auf die Alp Cardaba. Dabei stürzte eine 20-jährige Studentin in eine Schlucht und starb bald darauf.

Letzte Nachrichten.

(Herold's Telegraphen-Bureau.)
Kopenhagen, 25. März. Die Sozialdemokraten haben bei den gestrigen Kommunalwahlen eine Niederlage erlitten. Es wurden nur fünf Sozialisten gewählt.
Rom, 25. März. Nachdem der Klub der sozialistischen Abgeordneten sich ebenfalls für eine Opposition gegen die Regierung entschieden hat, verleiht sich die politische Situation derart, daß wahrscheinlich während der Dauer eine partielle Umbildung des Kabinetts durch Ausscheiden von Bissolati und Balzanos nötig werden wird.
London, 25. März. Von den Barbados-Inseln wird gemeldet: 500 Mann sind nach Trinidad abgegangen, um die revolutionäre Bewegung zu unterdrücken. Bei den Unruhen sind von der Polizei 150 Personen getötet oder verwundet worden. Die Bevölkerung schaut weitere Unruhen an und beabsichtigt, es daher umfassende Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden.
San Domingo, 25. März. Die Ruhe ist wieder hergestellt.
Paris, 25. März. Die hiesigen Arbeiter sind gestern abend in einer Versammlung, in der sie sich zu trennen.
Sofia, 25. März. Der bekannte Graf Veronik wurde auf der Fahrt zum Verleugung des Erzbischofs Gypso infolge Scherenschnitts der Pferde aus dem Wagen geschleudert und blieb sofort tot. Der Reiter ist ebenfalls lebensgefährlich verletzt.
London, 25. März. (Fig. Draft.) Nach einem Telegramm aus Colombo liegen ernste Verdachtsgründe gegen den Befehlshaber auf Ceylon, General Macdonald vor. Verschiede soll sich verschiedene Mißhandlungen von Soldaten haben zu Schulden kommen lassen.
Marseille, 25. März. (Fig. Draft.) Am 12. April gehen 1200 Mann Kolonialtruppen nach Tonkin zur Verstärkung der dortigen Truppen ab. Die Entsendung ist durch die kritischen Verhältnisse in Indochina veranlaßt.
Shan, 25. März. (Fig. Draft.) Eine Schmutzaffäre macht hier großes Aufsehen. Unter den Kommandanten 12 Personen befindet sich ein sehr bekannter Großkaufmann. Der Schmutzaffäre wurde seit längerer Zeit hauptsächlich mit Alkohol betrieben. Mehrere Verhaftungen stehen bevor.

Zur Konfirmation
empfehle große Auswahl in
Hüten, Krawatten, Wäsche
Hosenträgern, Handschuhen
usw.

Ferner:
Großes Lager in Sonnen- u. Regenschirmen, Herren-
und Frauen-Hüten und -Mägen.
Handschuhe werden sauber gewaschen.
Sämtliche Reparaturen schnell und billig.

Franz Pützkühl
120 Sünderstr. Neustadt Sünderstr. 120

Räumungs-Verkauf.

Gebe auf fast alle Waren bis 20 Prozent Rabatt.
Haus- und Küchengeräte, emaillierte Geschirre,
Spielwaren, Puppen, Lederwaren, Schulmappen,
Andenken und Gelegenheitsgeschenke ganz besonders
billig.

Auguste Anderfuhr Sudau
Schönebeckerstr. 42

Genossen, Arbeiter u. Arbeiterinnen!

Berücksichtigt bei Euren Einkäufen die
Inserate in heutiger Nummer! ..

Möbel u. Polsterwaren

kaufen Sie reell und billig bei
August Anton, Tischlermeister
5784
Wilhelmstadt
Annastraße 6 Annastraße 6
Lieferung frei!

Ovenstedt. Ovenstedt.
Geschäfts-Eröffnung.

Am 1. April d. J. eröffne ich in dem der Ehe. Sauerhering
gehörigen Laden — Magdeburgerstraße — ein

Schuhwaren-Geschäft
verbunden mit
Mass- und Reparatur-Werkstatt
und führe meinen geehrten Kunden reelle Bedienung und Lieferung
guter und billiger Ware zu.
Hochachtungsvoll
Wilhelm Albrecht, Schuhmachermeister.

Henkels
Bleich-Soda

Bäckerei-Übernahme.

Einem geehrten Publikum von Dessdorf und Wilhelm-
stadt die ergebene Mitteilung, daß ich die

Bäckerei und Filiale
von Herrn Wilhelm Lenhold
mit dem heutigen Tage übernommen habe. Ich bitte, mein Unter-
nehmen gütlich unterstützen zu wollen.

Bäckerei Dessdorf. Leitungsbau
Filiale: Wilhelmstadt
Max Schiffmann
Bäckermeister.

Osterwieck.

Der Sohn des künftigen Solpartners der „Vollstimmten“,
welcher aus dem Spritzenmeister für seinen Betrieb zu übernehmen
hat, ist am 1. April aus zu befehlen. Geeignete Arbeiter
wollen sofort ihre Bewerbung beim Unterzeichneten einreichen.

Karl Schalte, Osterwieck
Koblenzerstraße 44.

Die Neue Zeit

Wochenchrift der Deutschen Sozialdemokratie

heftig u. z. in Nr. 25 maßgebend:

Franz Mehring, Der Kampf Schindler
Karl Marx, Erklärung zu einer Forderung der politischen
Ökonomie. (Schluß)
K. Kostky, Sozialismus und Sozialreform. (Fortsetzung)
G. Link, Berlin, Zum zweiten Deutschen Arbeiterkongress.
Sonderliche Rundschau. — Kritiken.

Preis pro Nummer 25 Pfennig

einzelne zu haben in der

Buchhandlg. Volksstimme.

37 Sudenburg 37

Neu aufgenommen!
Kinder-Anzüge
2.50—15 Mk.
Jungen-Anzüge
Konfirmanten-Anzüge
elegante, vorzügliche Fabrikate.
Arbeitschossen
in allergrößter Auswahl
zu sehr billigen Preisen.
Herren-Garderobe
nach Maß
in bester Ausführung.
Theodor Kraft
37 Halberstädter-
straße 37

Was muß man
von der
Weltgeschichte
wissen?
Kurze und übersichtliche Darstellung
der hauptsächlichsten Ereignisse
der Weltgeschichte.
Von
Dr. Werner Schwalbe.
Preis 2 Mark.
In haben in der
Buchhandlung Volksstimme.

Möbel
Spiegel u. Polsterwaren
reelle Arbeit,
empfehlenswert
C. Dittmar
Tischler
meister
Tischlerstraße Nr. 26.

Braut
Ausstattungen
und
einzelne Möbel-
Ersatzstücke
Herren- und
Damen-
Garderoben
in reicher Auswahl
Konfirmations-
Anzüge
mit
Teilzahlung.
Max Meyer
30 Breitenweg 30
Gang. Jadenstraße.

Achtung! Achtung!
Bersammlung d. Schuhmacher
Magdeburgs
am Donnerstag den 26. März 1903, abends 8 1/2 Uhr
im „Dresdenerhaus“, Gr. Sandstraße 7.
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zu dem von der Sammlung beschlossenen neuen Statuten.
2. Beschlüsse.
Kollegen! Da am Donnerstag den 25. d. M. die Einigung er-
reicht und im dieser Bersammlung der von dem Vorstand neu vorgeschlagenen
Statuten der Kollegen nicht zustimmen wird und wir nach nicht mehr
als bestmögliche Anstrengung für die 4. März-Statuten einmütig
sänger Bersammlung eintraten, damit der Vorstand eventuell die ge-
stimmte Bersammlung gegeben wird und wir am Donnerstag gemeinsam die
Arbeit weiterlegen. Die Sekretäre: J. L. Ludwig Roth.

Wie soll der
Rückenmarkskranke
leben?
Allgemeinverständlich beantwortet
von
Dr. med. Erich Schwabe.
Preis 1 Mark.
In haben in der
Buchhandlung Volksstimme.

1 sehr schöne vollst. Wirtschaftse-
inricht., Stube, Kam. u. Küche,
mit eleg. Sofa u. 2 sehr schönen
Setts, m. dauerh. Matr. Isjori-
umfänglich, auch im einz., für
250 Mk. z. d. Jakobstr. 35 II b.

Billigster
Uhren-
Verkauf!

Silber-Herrenuhr 4, 7, 12, 35 Mk.
Silber-Damenuhr 8, 10, 12 Mk.
Gold-Damenuhr 10, 15, 22 Mk.
Bester 2.50, 3 Mk.
2 Damen-Ketten 2, 3, 5, 7, 12 Mk.
Herren-Ketten 0.50, 1, 1.50 Mk.
Reparaturen z. bekannt billigen Preisen.
Baendel, Jakobstr. 40.
Gut erh. Kinderwagen zu verl.
Weinbergstraße 3, 2 Tr. 789

Sattlergehilfen
sucht
Eduard Schenk
Neustadt, Sünderstraße 36a.
Stadt-Theater.
Donnerstag den 26. März 1903.
Ardine.

Walhalla
Gastspiel
Heinrich Blank
Ferner des
unerreicht dastehende
erstklassige
Künstler-Programm.
Sonderkartenkarten
sind in den meisten Zigarren-
Läden erhältlich.

Walhalla
Sente Mittwoch
Premiere
Eda
mit dem Schwan.
Nach der Synologie
bearbeitet und ausgeführt
von den
4 Provencales.
Sonderbare Dekorationen
und ausgeführte vollständig
nach System aus
Pariser Ateliers.

Wichtig für jedermann!
Möbel
jeder Art.
Betten, Polsterwaren zc.
auf Abzahlung!
Kleinste Anzahlung! Bequemste Abzahlung!
Hermann Liebau
Inh.: Gottfried Liebau
Breitenweg 127, 1 Tr. Schrotbockerstraße.

Vorläufige Anzeige!
In dem am Sonntag den 29. März im
„Luisen-Park“
stattfindenden Konzert singt der
Konzertsänger Carl Eymes (Tenor).
Auf Wunsch wird auch der Dekorations-Reigen
noch einmal aufgeführt.

Zirkus Variété
Toskana
Soirée
Direction: Arthur Toskana.
Täglich:
Die sensationellen Akrobaten
„Im Boudoir eines Zauberers“
und
„Cake Walk“
Außerdem das Rieser-Programm der ersten Kunstakrobaten
Anfang 8 Uhr. der Gegenwart. Anfang 8 Uhr.
Sonderverkauf im Zigarrengeschäft von Jacobs,
Breitenweg (Ulrichsbogen). 2680

Achtung! Städtische Arbeiter
Sonntag den 29. d. Mts., vormittags 11 Uhr
in der „Bürgerhalle“, Knochenhauerstraße 27/28
Öffentliche Versammlung
für sämtliche städtischen Arbeiter.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über Aufgaben der Krankenkassen.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Stellungnahme zur Ausdehnung der ärztlichen Hilfe auf die Familien-
Der Einberufer.

Deutscher Metallarb.-Verband
Verwaltung Magdeburg.
Zweit Bekannmachung des Vorstandes findet die Wahl der Dele-
gation zur Generalversammlung in Berlin
am Sonntag den 29. März 1903
statt. Für Magdeburg ist die Wahlzeit durch Beschluß der Versamm-
lung vom 1. d. M. auf die Zeit von 11 bis 2 Uhr festgelegt und
wählen die Kollegen in dem Bezirke, in welchem sie wohnen. Die
Wahllokale sind folgende:
Magdeburg, „Bürgerhalle“, Knochenhauerstraße 27/28;
Sudau, „Luisenpark“, Dorstheustraße 14; Sudenburg und
Dessdorf, „Zerbster Bierhalle“, Schöningerstraße 28; Wil-
helmstadt, „Luisenpark“, Spielgartenstr. 1c; Neue Neustadt,
„Bürgerhaus“, Friedrichsplatz 2; Alte Neustadt, „Zur
Krone“, Reichenstraße 43/45; Parleben in der Goldenen
Lage; Ovenstedt bei Schinke; Dessdorf bei der Witwe
Wiedens; Niederbodeleben bei Karl Radloff; Otters-
leben-Beauregard bei Fr. Stumpf; Fernerleben
bei Gerleben; Salzte-Weiterhäuser bei Andr. Raaf.
Die Wahl erfolgt in der Weise, daß beim Eintritt in das Lokal
jeder Kollege gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches ein Stimm-
zettel auszufüllen wird, auf welchen die 4 Namen derjenigen zu
wählen sind, die als Delegierte gemittelt werden. Wahlvorschlüge
sind im Lokal aus. Gehe jeder zur Wahl.
2437
Die Verwaltung.

Gewerkschaftskartell Halberstadt.
Donnerstag den 26. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr
Versammlung im Gewerkschaftshaus
Gerberstraße Nr. 15.
In persönlicher und hauptächlich um püsstliches Erscheinen
Der Einberufer.
NB. Bemerkenswert ist noch, daß diese Bersammlung pünktlich
11 Uhr einjucht wird. 2685